

Nation, Pazifismus und Arbeiterschaft

Von Ernst Reuter

Kaum ist ein stärkeres Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit des Volkes denkbar als die programmatischen Forderungen des Erfurter Parteiprogramms. Ein Werk wie Jaurès' „Neue Armee“ atmet stärker als irgendeins der üblichen nationalen Bekenntnisse den Willen, Freiheit und Unabhängigkeit heimatlichen Bodens mit allen Mitteln gegen feindliche Invasion zu schützen. Der Sozialismus, der die Befreiung der Menschen von der Knechtung durch die Maschine, von der Beherrschung durch veraltende anarchistisch-kapitalistische Wirtschaftsformen erstrebt, ist nicht denkbar, ja wäre sinnlos, wenn er nicht den einzelnen Kulturnationen die Freiheit und Unabhängigkeit gäbe, auf die sie Anspruch erheben müssen, weil ohne Freiheit kein wirtschaftliches, kein kulturelles Gestalten, weil ohne Freiheit keine Demokratie denkbar oder lebensfähig wäre. Ein internationaler Bund der Völker, das, wie wir hoffen, nicht in Nebelfernen schwebende Ziel des Sozialismus, ist nur denkbar als Bund freier Völker. Entwaffnung und Abrüstung, Schiedsgerichte an Stelle sinnloser Verwüstungskriege haben nur Sinn, wenn sie nicht einseitig von Starken gegenüber einem Schwachen, sondern wenn sie international von allen Völkern durchgeführt werden.

Deutschland ist ein unfreies Land. Seine Millionenarbeiterschaft leidet unter den unerträglichen, widersinnigen Fesseln des Versailler Vertrages nicht weniger als alle andern Schichten des Volkes. Unter dem Druck französischer Besatzungsarmeen, in dem Ring geheimer und offener Militärkonventionen und Vasallenstaaten, umklammert von der Politik eines Staates, der zur Aufrechterhaltung einmal geschaffenen Unrechts von einem Wahnsinn zum andern schreiten muß, kann auch die deutsche Arbeiterschaft sich nicht entwickeln, weil auch ihr geistiger, wirtschaftlicher und politischer Aufstieg abhängig ist von der allgemeinen Möglichkeit wirtschaftlichen Aufstiegs für Deutschland als Staat. Das Schicksal der russischen wie der deutschen Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit zeigt allzu deutlich diese Zusammenhänge, die man ungestraft nicht außer acht lassen darf.

Für den Sozialismus, zu dem die Arbeiterschaft sich trotz aller Schwankungen immer in ihrer überwältigenden Mehrheit bekennen muß, wird durch den daraus sich ergebenden Widerspruch zwischen seinen außenpolitischen Zielen, seinem pazifistischen Streben und den nicht wegzuleugnenden und nicht mißzuachtenden nationalen Bedürfnissen der Arbeiterschaft eine schwierige Lage geschaffen.

Man kann nicht verkennen, daß das Aufkommen der kommunistischen Bewegung wie auch der völkischen Strömungen in diesen Widersprüchen eine, wenn auch keineswegs seine alleinige Wurzel hat. Können wir in der furchtbaren Lage, in der wir uns befinden, die von uns als politisch führender Partei unseres Volkes den vollen Einsatz für den nationalen Wiederaufstieg, für die Einigung Deutschlands in einer großdeutschen Republik, für die Wiederherstellung freiheitlicher Lebensmöglichkeiten unseres Staates verlangt, können wir in dieser Lage pazifistische Außenpolitik betreiben und pazifistischer Ideologie im Innern huldigen?

Eine unbefangene Lösung wird durch die Vergangenheit der Arbeiterbewegung beträchtlich gehemmt. Der politisch wie gefühlsmäßig gleich starke Widerspruch gegen das wilhelminische Regime der Vorkriegszeit hat nicht nur den Abstand zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt mehr verstärkt, als es den natürlichen Interessen der Arbeiterschaft an sich entsprochen hätte, er hat auch den Riß zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterschaft vertieft. Der Zusammenbruch des Jahres 1918 hat die deutsche Arbeiterschaft nicht bereit gefunden, an ihrem Teile bewußt an der Schaffung einer republikanischen bewaffneten Macht teilzunehmen. Sie hat die Bildung dieses wichtigsten Instrumentes nationaler Politik, ohne das auch die nationale Einheit, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, sich nicht aufrecht erhalten ließ, dem Klassengegner überlassen. Sie hat sich dadurch politisch ihre Stellung im Volke nicht erleichtert. Die Art, wie das Bürgertum die Reichswehr ausgebildet hat, zwingt die Sozialdemokratie zu heftigster, oft schonungsloser Kritik. Diese Kritik wiederum, im Zusammenhang mit der durch die Umstände gebotenen und leider nur niemals mit Konsequenz und Energie durchgeführten Erfüllungspolitik, erweckt den Anschein, als ob die Sozialdemokratie im Innern einer Politik der Wehrlosmachung und nach außen hin einer Politik der Unterwerfung zustimme.

Gewiß, nichts ist lächerlicher als dieser Vorwurf. Nichts könnte weniger Achtung erwecken, als die manchmal zu beobachtende Bereitwilligkeit, jeden Anspruch des Gegners für berechtigt zu finden und eine Art Bußpolitik nach außen hin zu betreiben, die von kräftigen Tönen gegen Schichten des eigenen Volkes begleitet wäre. Es gibt zweifellos Stimmen im Lande, die man so charakterisieren muß. Auf einer Funktionärversammlung der Berliner Partei erklärte z. B. ein Diskussionsredner zur Frage der Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage: Die Reparationskommission habe „nachgewiesen“, daß Deutschland nur soundso viel geleistet habe. Diese Art von Mentalität, die demnach radikal sein will, ist sicher nicht geeignet, überzeugend dafür zu wirken, daß die sozialistische Arbeiterbewegung sich nicht als eine Vollstreckerin feindlichen Willens fühlt und daß sie nicht von Entente

Gnaden zu leben gewillt ist. Auch in der Politik kommt es bei allem, was man tut, nicht nur darauf an, ob die politische Gesamthaltung objektiv richtig ist, sondern wie sie den Volksmassen dargebracht wird. Es ist ein großer Irrtum, wenn viele meinen, wir könnten heute angesichts der ungeheuren Aufgaben, die von Deutschland gelöst werden müssen, wenn es als Volk und Staat wieder hochkommen will, unsere Stellung stärken, wenn unsere Agitationssprache im alten Stile einer weniger staatsfreundlichen Gesinnung gehalten wäre und wenn wir auch nur den Anschein erweckten, als ob das Schicksal unseres Volkes und unserer Nation uns gleichgültig wäre.

Im Gegenteil, wir müssen sicher auch innerhalb der Arbeiterschaft den gesunden Willen zu nationaler Selbstbehauptung und Selbstachtung miterwecken helfen und uns von der kleinlichen Furcht freimachen, als ob wir oder auch das Volk dadurch „nationalistisch würden“. Wenn wir nicht das tun, was getan werden muß und was die geschichtliche Lage Deutschlands von uns erfordert, dann besorgen es höchstens andere, die dann sicher diese geheimen Wünsche der Volksmassen im Sinne deutschvölkischer und deutschnationaler Katastrophopolitiker mißbrauchen. Nur wenn die sozialistische Bewegung frei von allem Ueberschwang die gesunde und notwendige Verschmelzung mit dem berechtigten Nationalgefühl eines unterdrückten Volkes zu verbinden weiß, wird die Außenpolitik der Arbeiterschaft, die aus tausend Gründen für die nächsten Jahrzehnte nur eine planmäßige und vorsichtige Erfüllungspolitik sein kann, als ein Weg zu nationaler Befreiung empfunden und dann auch verstanden. Der Appell an die Vernunft und an den Verstand der Volksmassen, von dem unsere Wahlarbeit getragen sein muß, wird um so leichter sein, wenn der Weg zum verstandesmäßigen Erkennen politischer Notwendigkeiten über richtige Betonung gefühlsmäßiger und berechtigter Strömungen der Volksmassen führt.

Ramsay Mac Donald

Die auswärtige Politik der englischen Arbeiterpartei

Von Dr. Walter Zechlin

Zwei Schriften des englischen Premierministers über die „Auswärtige Politik der englischen Arbeiterpartei“¹⁾ und „Unsere Politik“²⁾, die im Herbst vorigen Jahres erschienen sind, liegen nunmehr auch in deutscher Uebersetzung vor, und es wäre zu

¹⁾ Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.
²⁾ E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin C 54.

wünschen, daß diese bedeutsamen Publikationen in Deutschland eine möglichst weite Verbreitung erführen. Sie würden zur Vertiefung von außenpolitischer Erkenntnis nicht unerheblich beitragen und gerade vor der Reichstagswahl aufklärend über die entscheidungsschwere Situation wirken, vor der unser Volk sich gestellt sieht.

Der britische Premierminister führt in beiden Schriften den Nachweis, daß die englische Arbeiterpartei-Regierung fähig und in der Lage ist, die Lösung auswärtiger Probleme in die Hand zu nehmen. Dieser Nachweis war nötig bei der starken gegen die Labour Party geführten Kampagne, durch die weite englische Kreise vor ihr gruselig gemacht werden sollten und deren Regierungsübernahme den Bolschewismus mit allen seinen Schrecken mit sich bringen sollte. Dieser, dem Kampf gegen den Marxismus in Deutschland entsprechenden, Legendenbildung tritt Mac Donald entgegen, indem er die Stellung der neuen Arbeiterpartei zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland erörtert. Bezüglich der Klagen, die von amerikanischer Seite gegen die englische Politik erhoben werden, sagt er: „Die englische Arbeiterpartei tritt unbelastet und ungebunden auf den Plan. Sie sieht ganz klar und deutlich, daß für die Zukunft eine neue diplomatische Note, ein neuer Mut zum Frieden und zur Gerechtigkeit, ein neuer Glaube an nationale und persönliche Freiheit, eine neue Energie der Demokratie erforderlich sind. Die Arbeiterpartei wird, wenn sie zur Regierung gelangen sollte, ihre Arbeit nicht in dem kindlichen Wahne beginnen, als wenn sie alle Dinge von vorn anfangen könnte. Wir werden die Welt nehmen, wie wir sie finden.“ Man sieht, er will die amerikanische öffentliche Meinung, mit deren stärkerer Rückwirkung auf die Meinung Englands er rechnen muß, beruhigen und die Furcht vor bolschewistischen Tendenzen zerstören. Den gleichen Zweck verfolgen seine Darlegungen zu dem Verhältnis der Arbeiterpartei gegenüber Rußland. Er erklärt, daß die Arbeiterregierung die russische Regierung ohne Verzug anerkennen würde, aber er sagt, daß diplomatische Beziehungen in keinerlei Hinsicht eine Genossenschaft bedeuten. Und nachdem er die Vorwürfe, die dem Bolschewismus zu machen sind, aufgezählt und sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt hat, fährt er fort: „Moskau hat die Torheit des Gedankens der Weltrevolution erkannt, aber solange seine Dritte Internationale leider besteht und solange Europa von der Torheit gewisser Staaten weiter auf der Folter festgehalten wird, solange werden wir der Gefahr nicht ledig sein. Die schlimmste Abwehrmaßnahme dagegen stellt jedoch der über die Moskauer Regierung verhängte Boykott und das wilde Gemisch von Arroganz und Schwindel dar, woraus sich neun Zehntel aller antibolschewistischen Propaganda zusammensetzen. Der feste und bewährte Widerstand der Zweiten Inter-

nationale in den Jahren 1919 bis 1922, der in der Hauptsache durch die gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegungen Groß-Britanniens, Belgiens, Deutschlands und der skandinavischen Länder getragen war, hat den heftigen Anprall des Bolschewismus in seinen jungen, starken Anfängen ausgehalten, und nur durch Fortfahren auf dem Wege dieser Politik kann dieses schädliche Kraut beseitigt werden.“ „Dagegen bietet die Labour Party“, heißt es dann weiter, „nach einer eingehenden Analyse der Methoden der sozialen Umbildung dem britischen Volk Fortschritt ohne Revolution und Veränderung ohne Katastrophe. Dieses Bolschewismus zu nennen, heißt entweder Unkenntnis vorschützen oder zu unehrlichen Mitteln greifen.“

Nachdem Mac Donald so durch diese Stellungnahme der Arbeiterpartei gegenüber Amerika und Rußland beruhigende Klarheit geschaffen hat, beweist er weiter, welche ausgezeichnete Vorbereitung für die Regierungsarbeit die in der Labour Party vorhandene gewerkschaftliche und genossenschaftliche Schulung bietet. „Die Erfahrung in gewerkschaftlicher Arbeit bietet eine wunderbare Vorbereitung für die größeren Verantwortungen des öffentlichen Lebens. Ein Mann, der die Mentalität der Industriemassen kennt, der ihre Psychologie studiert hat, der sich durch die Arbeit der engeren Welt des Bergbaus, der Fabrikstadt-Interessen das Vertrauen erworben hat, tritt in das öffentliche Leben mit einer wunderbaren Fülle praktischer Weisheit ein, die einen Vorzug bei der Behandlung von Staatsfragen sichert. Um gut zu regieren, muß man Vertrauen und Wissen erwerben, und so überraschend es für diejenigen sein mag, die keinen engeren Kontakt mit Arbeiterkreisen haben, behaupte ich mit absoluter Sicherheit, daß sie intellektuell weit höher stehen als diejenigen vieler gebildeter Universitätskreise und als diejenigen reicher Fabrikantenfamilien. Sie bekommen bessere Lesestoffe und haben eine bedeutend weitere Interessensphäre.“ „Sind daher die Mitglieder der Labour Party hinreichend vorgebildet, um in der inneren Politik zu führen, so ist das in noch höherem Maße der Fall, um sie zur Leitung der Außenpolitik instand zu setzen.“ Mac Donald weist hin auf die vielen ausländischen Beziehungen der Labour Party, auf die zahlreichen internationalen sozialistischen Kongresse, insbesondere auf den Kongreß in Bern im Februar 1919, „wo die Feinde und die Verbündeten von gestern zusammenkamen, die Sieger und die Besiegten, und wo im Laufe einer knappen Woche die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen in Bern mehr Männer, die für die Führung in Europa verantwortlich waren, sahen und sich genaue Informationen in bezug auf die Lage der Dinge bei den verschiedenen Völkern verschafften und zu den weitaus vernünftigsten Richt-

linien der Behandlung dieser Fragen gelangten, als ‚des Königs ganzer Troß und Stab‘ mit dem Gefolge der Aufmachung, der Extravaganz, die ein Jahr lang das Hotel Majestic zum traurigen Gespött und Paris zu einer herzlosen Phrase gemacht hat, die in eine melancholische Tragödie überging“. Mac Donald schließt die Betrachtungen über die Fähigkeiten der Arbeiterpartei der auswärtigen Politik mit den Sätzen: „Es ist zutreffend, daß dank der internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft ihre Führer eine ausgedehnte Vertrautheit mit politischen Kreisen im Auslande und eine genauere Kenntnis der politischen Bewegung besitzen, als die Führer jeder andern Partei. Die Arbeiterschaft ist am besten ausgerüstet, um die Grundsteine einer Politik zu legen, die die Streitigkeiten in Schiedsgerichten und nicht auf Schlachtfeldern austragen werden, die dem Völkerbund eine Wirkungsmöglichkeit geben, die die Entwaffnung in die Sphäre der praktischen Politik hineinbeziehen und ein für allemal die Gefahren und Unwirklichkeiten der alten Diplomatie beseitigen werden.“ Man lese noch nach, was Mac Donald im siebenten Kapitel seiner Schrift („Unsere Politik“) über das Foreign Office sagt, und jedem vorurteilsfreien Leser wird das „Tout comme chez nous unter dem kaiserlichen Regime“ auf die Lippen kommen. Mac Donald geht aber noch weiter. Er hält nicht nur die Labour Party zur Führung der auswärtigen Politik für die geeignetste und best vorbereitete, sondern er lehnt zu ihrer Führung mit trefflichen Gründen die sogenannten Wirtschaftsführer ab. „Das Problem einer erfolgreichen Regierung deckt sich nicht mit dem einer erfolgreichen Geschäftsführung: Der Geschäftsmann nimmt die Gewohnheit einer absoluten Herrschaft an. Der Staatsmann muß die Gewohnheit haben, mit gleichberechtigten oder mit Leuten umzugehen, die nicht vollkommen unter seiner Herrschaft stehen.“ Und er kommt, nachdem er die Verschiedenheit der Aufgaben der Wirtschaftsführer und der Politiker weiter untersucht hat, zu dem Schluß, „daß, als die Männer aus den Wirtschaftskreisen die Führung der Politik ergriffen, sie vollkommen versagten, und ein Fachkabinett von Wirtschaftsführern, die weiter keine Eigenschaften hätten als die, die zum Aufbau ihres eigenen Geschäfts notwendig wären, würde bald das Unterhaus in Unordnung bringen.“

So viel über die Befähigung der Labour Party zur Führung der auswärtigen Politik, über das ihr zu Gebote stehende Menschenmaterial und über seine Vorbildung, über die von ihr einzuschlagende Methode. Nun zu ihren Zielen. Das Hauptziel einer Arbeiterregierung ist, „den Militarismus zu stürzen, und zwar nicht nur als Organisation, sondern auch als Glauben, und an seiner Stelle eine Organisation des Rechts, der Versöhnung und der Gerechtigkeit zu errichten“. „Solange die Staaten töricht genug sind, sich wegen ihrer Verteidigung auf Rüstungen zu verlassen, müssen sie in einem

ständigen Zustand der Gefahr beharren, zumal es keinen Unterschied gibt zwischen Angriffs- und Abwehrwaffen; — der Staat, der für die Verteidigung gerüstet ist, ist auch für den Angriff gerüstet. Wir müssen jede Spur eines Vertrauens in die militärische Rüstung aufgeben, und, dieses Ziel im Auge, müssen wir Wege ausfindig machen, die es uns ermöglichen, in eine Uebergangszeit zu kommen, während welcher wir nur eine zu Defensivzwecken gedachte, den Verhältnissen gerecht werdende Heeresmacht aufrecht erhalten und gleichzeitig unaufhörlich daran arbeiten, die Sicherung des Staates auf ganz neue Grundlagen zu stellen.“

Und welches sind nun diese neuen Grundlagen? „Den Brennpunkt unserer Berührungen mit Europa müssen wir im Völkerbund finden, den wir nicht länger als Exekutivkomitee der Siegerstaaten betrachten dürfen, dessen Tun zuzusehen die übrigen Staaten eingeladen sind, die dem, was die Sieger, und nicht einmal diese allesamt, bestimmen, den Schein einer respektablen Autorität leihen sollen.“ Nachdem Mac Donald dann den alten Weg der Allianzen mit Entschiedenheit abgelehnt hat, dem dann noch lieber der vollständige Rückzug vom europäischen Kontinent vorzuziehen wäre, fügt er hinzu: „daß an Stelle der früheren Abmachungen die Schaffung einer besseren politischen und finanziellen Ordnung in Europa durch vorsichtiges Inslebenrufen von Beratungsorganen und Gerichtshöfen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker verstärken und jene ruhige und zuversichtliche Stimmung schaffen wird, die jedem allgemeinen Abrüstungsplan vorangehen oder ihn begleiten muß“.

Ueber spezielle Fragen der auswärtigen Politik kann sich Mac Donald in seinen beiden hier zu besprechenden Schriften naturgemäß nicht äußern. Er zieht nur so weit Folgerungen, als sie sich aus der von ihm vertretenen offenen demokratischen, antimilitaristischen und pazifistischen Linie ergeben. Er kritisiert die Politik Poincarés: „Die Pariser Friedenspolitik bedeutet Krieg und Unruhen, und Krieg heißt Heer und Marine. Jedes Ereignis der letzten Zeit hat doch mit Sicherheit bewiesen, daß der Sieger einem früheren Feinde gegenüber Verpflichtungen hat. Wir haben darauf zu achten, daß das deutsche Volk nicht unterdrückt, nicht versklavt, nicht zu Parias gemacht wird, weil so etwas falsch ist und zu einer Gefahr für Europa werden muß“, und er schließt mit der stolzen Zuversicht: „daß aus den Kreisen der Labour Party, welche die Gewerkschaften, die genossenschaftliche Bewegung und die demokratisch gesinnte Intelligenz umfaßt, am ehesten die Staatsmänner einer nach dem Kriege neugeschaffenen Welt hervorgehen werden“.

Eine reizvolle Aufgabe wäre es, schon jetzt für die Zeit, seitdem die Labour Party die Geschicke des britischen Weltreiches verantwortlich führt, eine Bilanz aufzumachen und festzustellen,

ob Mac Donald seinem, vor Uebernahme der Regierung entworfenen Programm hat treubleiben können und wieweit er es durchzuführen in der Lage war. Man wird aber, ohne in eine eingehende Prüfung dieser Frage eintreten zu brauchen, sagen können, daß Mac Donald die großen Linien der in seinen Schriften skizzierten Politik innegehalten hat. Er hat versucht, anstatt eines Bombardements von Noten auf dem Wege offener Aussprache mit Poincaré weiter zu kommen. Er ist Frankreich in der Militärfrage und Sicherheitsfrage weit entgegengekommen, um die von ihm scharf mißbilligte und verurteilte Ruhrbesetzung ihrem Ende entgegenzuführen und Frankreich das Gefühl der Sicherheit zu geben, um Europa von dem furchtbaren Druck des französischen Militarismus zu befreien. Wie weit diese Politik in Zukunft Erfolg hat und Erfolg haben kann, sei dahingestellt. Aber eins ergibt sich aus dieser kurzen Kompilation der Ausführungen Mac Donalds, zu deren Lektüre sie anregen soll, daß die deutsche Politik alles daran setzen muß, um der augenblicklichen englischen Politik ihre sich selbst gestellte Aufgabe zu erleichtern. Es ist nötig, das besonders hervorzuheben, weil in der Vergangenheit die deutsche Politik es England nicht erleichtert hat, und aus den Widerständen, die ihr in Deutschland selbst erwachsen, auch vielleicht nicht erleichtern konnte, Frankreich mit der in unserem Interesse liegenden nötigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Zwei Beispiele dieser traurigen Tatsache seien angeführt, an deren Folgen Deutschland für lange Zeit noch zu leiden haben wird: der Verlust Oberschlesiens und die Ruhrbesetzung. Bei besserem Verständnis und Rücksichtnahme auf die Situation Englands bei den Londoner Verhandlungen im Frühjahr 1921 und bei größerer Opferwilligkeit der in Frage kommenden deutschen Wirtschaftskreise wäre es vielleicht gelungen, das Ultimatum zu vermeiden und durch Entgegenkommen Oberschlesien zu retten. Dasselbe ähnliche Spiel hat sich vor der Besetzung des Ruhrgebiets wiederholt. Wären wir damals auf den Boden des englischen Vorschlags getreten, so konnte die britische Politik in Paris natürlich ganz anders wirksam werden, als dies der Fall war, wenn wir, wie geschehen, seinen eigenen Vorschlag zurückwiesen. Jetzt leben Mac Donald und die britische Labour Party in zwei großen Ideen, den Ideen der militärischen Abrüstung und der Sicherung des Weltfriedens nicht durch militärische Machtmittel und darauf basierte Allianzen, sondern durch einen Ausbau des Völkerbundes, dessen Aenderung und Ausgestaltung Mac Donald am Herzen liegt. In diesen beiden Fragen muß unsere Politik sich auf den Boden dieser Ideen stellen, ihre Wichtigkeit für Deutschlands Zukunft begreifen und an ihnen nicht herumschachern und herumhandeln, wie es damals bei den Milliardensummen von uns geschehen ist. Wie in früheren Jahren, wird unsere Politik das aber nicht können, wenn sie dafür nicht den nötigen Rückhalt im deutschen Volke selbst hat, und darum gilt es,

bei den bevorstehenden Reichstagswahlen darauf hinzuwirken, daß wir einen Reichstag bekommen, der für die Ziele der britischen Regierung Verständnis hat und ihre Politik, die indirekt die Rettung Deutschlands bedeutet, nicht durch militärische Velleitäten und eine ablehnende Stellung zu der großen Idee einer Befriedung Europas durch einen wahren Völkerbund erschwert.

Zum Abbau in der Reichsfinanzverwaltung

Von Oberregierungsrat J. Talmon-Gros

Eines der Schlagworte unserer Zeit ist der „Abbau“. Das Ziel ist bekannt: Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Schon weniger klar ist, was abgebaut und wie abgebaut werden soll. Wir hören vom Abbau in der Regel nur in der Form des Beamten-Abbaus. Dieser Abbau läßt sich aber nicht ohne Schaden für die Verwaltung und damit für das Staats- und Volksganze durchführen, wenn nicht eine einschneidende Vereinfachung der Verwaltung mit ihm Hand in Hand geht oder, sachlich richtiger, ihm vorangeht: Abbau entbehrlicher Verwaltungsaufgaben, unzeitgemäßer Arbeitsmethoden usw. Dann erst kann man mit Nutzen den Beamtenkörper verringern. Man hört ja freilich oft in demagogischer Weise von Gegnern der heutigen Staatsform die Behauptung aufstellen, man brauche nur die Verwaltung zu säubern von Elementen, die nach der Staatsumwälzung neu in die Verwaltung hereingekommen seien, ohne der üblichen Beamtenlaufbahn zu entstammen. Ich pflege diesem Verlangen zu begegnen mit dem Hinweis darauf, daß z. B. in meiner württembergischen Heimat die Persönlichkeiten, die ohne Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung in den Staatsdienst hereingekommen sind (es sind natürlich keine Deutschenationalen), sich an einer Hand abzählen lassen (ohne daß man die Hand mehr als einmal braucht), und daß, wenn man die von ihnen bekleideten Posten für überflüssig und ihre Person für dem Amt nicht gewachsen halten wollte, ihre Zahl in keiner Weise ins Gewicht fallen könnte. Also, auf diesem Wege lassen sich unsere Finanzen nicht sanieren; man muß dem Problem schon sachlich zu Leibe gehen und beginnen mit einer kritischen Sichtung der bisherigen Staatsaufgaben und der Methoden ihrer Lösung.

1. Hier ist eine grundsätzliche Forderung vorweg zu nehmen: wir müssen brechen mit dem bisherigen Bevormundungssystem, auch da, wo es dem deutschen Spießler zur Bequemlichkeit gereichte. Man hat zwar in allen Schichten der Bevölkerung über den „Obrigkeitsstaat“ geschimpft, aber doch war es dem Philister aller politischen Richtungen pudelwohl unter dem Gefühl, daß Mütterchen Staat ihm vom ersten bis zum letzten Atemzug die Kindsmagd machte, ihm jede Denkarbeit ersparte und ihm in jeder Lebenslage vorschrieb, was er zu tun und wie er es zu tun habe. Das Volk wurde so ewig in Unselbständigkeit erhalten, und diese ständige Gängelei ist mit schuld an der großen politischen Unreife unseres Volkes. Dieses System wurde gefördert durch die orakelhafte Fassung der meisten unserer Gesetze,

denen weite Kreise der Bevölkerung recht hilflos gegenüberstehen, man denke nur an die Anforderungen, welche die Abfassung unserer Steuererklärungen an den Steuerpflichtigen stellt. Gerade die Steuerverwaltung bzw. der Steuergesetzgeber hat nun in letzter Zeit versucht, den Steuerpflichtigen auf eigene Füße zu stellen, ihn zu größerer Selbständigkeit und Sicherheit zu erziehen. Den Vogel abgeschossen haben in dieser Beziehung die sogenannten Auguststeuergesetze (vom 11. August 1922); sie sind auf den Ton abgestellt: Was ihr zu tun habt, steht im Reichsgesetzblatt Seite soundso, nehmt gefälligst davon Kenntnis und zahlt eure Steuern, aber bis spätestens übermorgen, sonst gibt es Strafzuschläge, daß euch Hören und Sehen vergeht. Und ähnlich ist es mit den seitherigen Steuergesetzen und Verordnungen. Dieser Uebergang ist reichlich schroff, aber das Prinzip ist richtig: weitgehende Entlastung der Verwaltung von Geschäften, die der Natur der Sache nach dem Steuerpflichtigen obliegen, und Erziehung des letzteren zu größerer Selbständigkeit — was natürlich ein Menschenalter in Anspruch nimmt.

2. Diese Entlastung der Behörden ist nur möglich, wenn die Gesetzgebung so vereinfacht und so gemeinverständlich wird, daß der Durchschnittsbürger sich darin zurechtfinden kann. Und das ist gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens — trotz des ungeheuren Steuerbedarfs — leichter als auf manchem anderen Gebiete: man setze an die Stelle des bisherigen Durcheinanders einer Unzahl von Steuern einige große Steuern, die auch von Laien leicht zu verstehen und zu übersehen sind. Das Ziel muß sein: Besteuerung der Quellen der Produktion, soweit sie Sachwerte sind, und möglichs te Schonung der Arbeit.

Unter den sachwertigen Quellen der Produktion steht obenan der Grund und Boden, die unentbehrliche Unterlage nicht nur jeder Produktion, sondern jeder Existenz überhaupt und ein Monopolgut ersten Ranges. Ihn gilt es in erster Linie zu erfassen durch eine Grundwertsteuer, über die ich mich des Näheren bereits in Nr. 32 der „Glocke“ vom Vorjahr verbreitet habe. Sie soll den Grund und Boden ohne Bauwerke und sonstige durch Arbeits- und Kapitalaufwendungen geschaffene Werterhöhungen erfassen, kleinen Besitz schonen, großen Besitz aber durch entsprechende Staffelung stärker belasten. Die erstmalige Veranlagung der Grundwertsteuer bringt zweifellos erhebliche Arbeit, sie ist aber, einmal eingeführt, verhältnismäßig einfach zu verwalten und fortzuführen, erfordert keine umfangreichen Steuererklärungen mit den zurzeit üblichen kniffligen, Zeit und Nervenkraft der Steuerpflichtigen erheblich belastenden Fragen. In das System der Grundwertsteuer gehört als wesentlicher Bestandteil eine Grundvermögenszuwachssteuer.

Hinzutreten soll eine Vermögenssteuer (mit Vermögenszuwachssteuer) vom übrigen Vermögen, mit niedrigeren Sätzen als die Grundsteuer, und ebenfalls gestaffelt.

Die Einkommensteuer wird, wie ich bereits in meinem früheren Aufsatz ausgeführt habe, gewaltig überschätzt, sie trägt die Gefahr in sich, daß besonderer Fleiß und besondere Tüchtigkeit mit einer Art Strafe belegt werden, während das Interesse der Volksgesamtheit die Ermunterung zur Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte fordert. Bei dem großen Steuerbedarf der Gegenwart und aller absehbaren Zukunft kann die Einkommensteuer nicht entbehrt werden; doch ist vor ihrer Ueberspannung zu warnen.

Neben diese drei Hauptsteuern hat als Ergänzung zu treten die Umsatzsteuer in gegen bisher wesentlich veränderter Gestalt. Sie ist zurzeit wohl die verwickeltste Steuergattung und völlig unübersichtlich. Sie ist stark abzubauen. Freizulassen ist der unentbehrliche Lebensbedarf, alle übrigen Gegenstände sind mit einem einheitlichen Steuersatz zu belegen, und zwar nur beim ersten Umsatz vom Erzeuger, Hersteller oder Einführer.

Die sogenannten Verkehrssteuern, wie Grunderwerbssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalverkehrssteuer sind Nebensteuern, die, zweckmäßig ausgestaltet, im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand und zur Belästigung des Steuerpflichtigen große Erträge bringen können; sie werden zweckmäßigerweise beibehalten.

Schwierig ist die Sache bei den Verbrauchssteuern. Man kann Gegner einer bestimmten Verbrauchssteuer sein, daraus folgt aber noch nicht, daß man die Aufhebung der einmal bestehenden Steuer fordern müßte. Hätten wir z. B. keine Zucker- und keine Salzsteuer, so würde ich ihrer Einführung energisch widersprechen. Nun bestehen aber diese Steuern schon seit vielen Jahren, und es ist die große Frage, ob ihre Abschaffung eine nützliche Maßnahme wäre. (Es könnte gehen, wie es seinerzeit an meinem jetzigen Wohnort Stuttgart ging, als man 1905 oder 1906 die städtische Fleischsteuer abschaffte — mit dem Ergebnis, daß das Fleisch keinen Pfennig billiger wurde.)

3. Es muß nicht nur die Zahl der Gesetze verringert werden, auch ihre Form muß ganz anders werden. Einfache, klare Grundsätze, nicht so viele Ausnahmestimmungen und Ausnahmen von den Ausnahmen, und namentlich: verständliche Ausdrucksweise! Es ist wirklich ein Skandal, daß fast nach jedem neuen Gesetz die zu seiner Ausführung berufenen Fachleute sich zu einem großen Rätselraten zusammensetzen müssen: was mag der Gesetzgeber sich bei der und jener Bestimmung wohl gedacht haben? Unsere Gesetze, vor allem die sich an die breitesten Massen wendenden Steuergesetze, dürfen wirklich nicht als Geheimwissenschaft aufgezo gen werden. Hier sollte namentlich die Volksvertretung die Interessen des gemeinen Mannes wahren und jeden Gesetzesparagraphen, der dem Nichtfachmann nicht ohne weiteres verständlich ist, unbarmherzig beanstanden und nicht durchlassen, bis er eine gemeinverständliche, jeden Zweifel ausschließende Fassung erhalten hat.

4. Die Verwaltung muß im internen Betrieb auf Geschäfte, die nicht unbedingt notwendig sind, verzichten; es ist in dieser Beziehung in den letzten Jahren manches geschehen, aber doch gibt es noch reichlich viele überflüssige periodische Berichte, Statistiken usw. Der ganze Betrieb muß auf den Gesichtspunkt rascher Geschäftserledigung eingestellt sein. Man hört da und dort noch Klagen über Vorgesetzte und Mitarbeiter, die ihre Daseinsberechtigung dadurch zu dokumentieren bestrebt sind, daß sie grundsätzlich nichts, was durch ihre Hände geht, unbeanstandet passieren lassen, auch wo es sich nur um Verschiedenheiten in der Nuancierung oder sonstige Belanglosigkeiten handelt und die dadurch den Geschäftsbetrieb empfindlich stören und verlangsamten. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, wenn es nicht anders geht, durch Ausschiffung derartiger Elemente. Es muß auf die bisher den Stolz des deutschen Berufsbeamten bildende liebevolle Klein-

arbeit insoweit verzichtet werden, als dadurch eine wesentliche Beschleunigung der Geschäfte zu erreichen ist und keine erheblichen anderweitigen Interessen der Verwaltung oder der Steuerpflichtigen entgegenstehen.

Es fällt mir auf, daß in all den vielen Reden und Aufsätzen, in denen in letzter Zeit das Thema abgehandelt und abgewandelt, worden ist, nie von Einführung der Kurzschrift die Rede war. Wie viele Beamtenkräfte (auch solche der teureren oberen Gehaltsklassen) können gespart werden, wenn jeder Beamte in Kurzschrift ausgebildet wäre und alle Konzeptausfertigungen grundsätzlich in Kurzschrift abgefaßt würden! Daß die Sache durch alle Verwaltungen durchgehen müßte und eine Reihe von Jahren erfordern würde, und daß vor allem durch staatlichen Machtspruch die Eifersüchteleien der verschiedenen Kurzschriftsystemfanatiker überwunden werden müßten, ist mir natürlich bekannt, aber einmal muß es doch geschehen, und die gegenwärtige Notzeit dürfte einen gesteigerten Anreiz dazu geben.

5. Das deutsche Streben nach subtilster Gewissenhaftigkeit auch in kleinen Dingen hat uns eine besondere Verfassung des Rechtsmittelwesens in Steuersachen gebracht. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen; die gewaltige Steuerbelastung unserer Zeit legt dem Steuerpflichtigen so gewaltige Opfer auf (leider nicht im Sinne gleichmäßiger Belastung gleichwertiger Steuerkräfte), daß jeder Steuerpflichtige ein berechtigtes Interesse an einem gesetzlichen Schutz gegen übertriebene Steuerforderungen hat. Die Organisation ist aber unpraktisch und viel zu teuer. Ganz überflüssig sind die Finanzgerichte als besondere Behörde. Sie sind besetzt (unter einem hauptamtlichen Vorstand) mit einer Anzahl im Nebenamt als Finanzrichter, fungierender Räte des Landesfinanzamts und mit ehrenamtlichen Laienmitgliedern. Die einzelnen Kammern entscheiden in der Besetzung mit zwei beamteten und drei ehrenamtlichen Mitgliedern. Das Wesentliche ist die Heranziehung von Laienrichtern; sie ist von großem Vorteil namentlich bei den Besitz- und Einkommensteuern, wo es sich um Feststellung und Würdigung von Tatsachen und um Schätzungen handelt. Dazu braucht man aber keine besondere Behörde. In Württemberg z. B. war Rechtsmittelbehörde zweiter Instanz das Steuerkollegium (Vorläufer des jetzigen Landesfinanzamts); in Einkommensteuersachen entschied es in besonderen Beschwerdekommisionen, die aus drei Räten des Steuerkollegiums und vier ehrenamtlichen Mitgliedern bestanden. Diese Besetzung war etwas reichlich, aber im übrigen hat sich die Einrichtung vollauf bewährt und ist auch für die Reichsverwaltung zu empfehlen. Man würde auf diese Weise 24 Finanzgerichtspräsidenten (2 von den 26 Finanzrichtern werden durch den Präsidenten des Landesfinanzamts bzw. einen Abteilungsvorstand geleitet) und 26 besondere Geschäftsstellen ersparen.

Die Finanzgerichtspräsidenten sind durchweg auserlesene Kräfte im besten Alter, die der Verwaltung nicht verloren gehen dürfen; es empfiehlt sich daher nur schrittweises Vorgehen nach Maßgabe der Unterbringungsmöglichkeiten.

6. Ueberhaupt ist die Reichssteuerverwaltung überorganisiert. Vollständige Wechselbälge sind z. B. die Landesfinanzämter. Sie haben einen Präsidenten mit einer Präsidialgeschäftsstelle

und zwei von Abteilungspräsidenten bzw. Landesfinanzamtsdirektoren geleitete Abteilungen, für Besitz- und Verkehrssteuern und für Zölle und Verbrauchssteuern. Früher bestanden noch besondere Liegenschaftsabteilungen; diese sind nun den Präsidialgeschäftsstellen angegliedert. Die Abteilungen zerfallen in Gruppen, denen Gruppenleiter vorstehen. Die Stellen der Präsidenten hatten zu Anfang vorwiegend repräsentativen Charakter und wurden gegenüber mannigfachen Beanstandungen von parlamentarischer Seite in erster Linie wohl aus dem Bedürfnis heraus gehalten, für die Räte des Reichsfinanzministeriums und des Reichsfinanzhofs Vorrückungsstellen zur Verfügung zu haben. Dieses Bedürfnis ist sachlich begründet, denn ohne diese Vorrückungsmöglichkeit müßte das Reichsfinanzministerium zweifellos auf manche tüchtige Kraft verzichten. Aber trotzdem ist die bestehende Organisation verfehlt. Entweder schaffe man die Stelle des Landesfinanzamtspräsidenten ganz ab, stelle die Abteilungen selbständig und übertrage einem der Abteilungsleiter die Federführung für die gemeinsamen Angelegenheiten (dessen Stelle wäre dann gehaltlich zu heben), oder, wenn man das Institut des Landesfinanzamts als Einheit bestehen läßt, übertrage man dem Präsidenten zugleich die Leitung einer Abteilung (beim Landesfinanzamt Oldenburg ist der Präsident zugleich Leiter sämtlicher Abteilungen und des Finanzgerichts, in Württemberg war der Präsident des Steuerkollegiums zugleich Leiter einer Abteilung). Diese Zusammenlegung muß schon deswegen kommen, weil der Personalbestand der Landesfinanzämter, der schon im Vergleich zu den bisherigen Geschäftsverhältnissen zu stark angewachsen war, im Verfolg der in Aussicht stehenden Verwaltungsvereinfachung stark abgebaut werden muß und dann die bisherige kunstvolle Gliederung nicht mehr zeitgemäß ist.

Nach Mitteilungen der Tagespresse hat die Sparkommission beschlossen, einen Teil der Finanzämter aufzuheben. Sofern dies in der Weise angängig ist, daß man z. B. zwei in einer Stadt, womöglich im selben Gebäude oder in benachbarten Gebäuden befindliche Ämter zusammenlegt, d. h. unter einen Vorstand stellt, ist nichts dagegen zu sagen. Es wird sich aber gerade um solche Möglichkeiten nicht handeln, denn wo in einer Stadt mehrere Finanzämter sind, sind diese meist so groß, daß eine Zusammenlegung nicht praktisch ist; die Sparkommission hat jedenfalls die Verhältnisse auf dem Lande im Auge und beabsichtigt die Aufhebung von ländlichen Finanzämtern mit kleinem Bezirk und Zuteilung ihres Bezirks im ganzen an ein benachbartes Amt oder Aufteilung an mehrere Nachbarämter. Hier möchte ich zur Vorsicht mahnen. Derartige Verlegungen bringen für alle unmittelbar beteiligten Ämter eine sehr einschneidende Geschäftsstörung. Nun ist aber gerade die Steuerverwaltung und besonders die Bezirkssteuerverwaltung ein sehr empfindlicher Organismus, und jede Störung dieses Organismus wirkt unmittelbar auf die wirtschaftliche Lage des Reiches ein. Man vergegenwärtige sich nur, an welchem dünnem Faden stets die Balancierung unseres Etats hängt, wie ängstlich man von Woche zu Woche oder von Dekade zu Dekade die Entwicklung des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben des Reiches verfolgt. Aufhebung eines Finanzamts und Uebertragung seiner Geschäfte an ein räumlich entferntes Amt stört die Geschäfte der beteiligten Ämter mindestens auf einige Wochen; die Steuerveranlagung

und der Steuereinzug verzögern sich, und wenn das durch das ganze Reich hindurch bei einer Reihe von Finanzämtern der Fall ist, so kann sich geradezu eine Gefährdung des Reiches ergeben. Auch ist gerade bei der Steuerverwaltung dringend notwendig, daß die Beamten ihren Bezirk und seine Verhältnisse kennen; eine Störung dieser Beziehungen kann die Ergebnisse der Steuerveranlagung auf lange hinaus zuungunsten der Reichskasse beeinflussen. Es scheint mir, daß die Sparkommission hier am unrichtigen Strang zieht; auf jeden Fall dürfte dem Gedanken der Zusammenlegung von Finanzämtern insoweit mit äußerster Vorsicht zu begegnen sein, als die vorgeschlagene Vereinfachung der Gesetzgebung nicht durchgeführt ist.

Der heutige Kolonialbesitzstand

Von Albin Michel

Nach einer Zeitungsnachricht hat die deutsche Regierung bei der Entente Fühler ausgestreckt über die Zurückgabe der deutschen Kolonien. Ganz gleich, ob diese Nachricht richtig oder falsch ist, kann eine Uebersicht über den derzeitigen Kolonialbesitzstand nicht ohne Interesse sein; denn auch in den Kolonien oder Halbkolonien, wie man manche Gebiete nennen könnte, haben die letzten Jahre manche Veränderungen gebracht. Zum Teil sind auch Ausmessungen oder Volkszählungen vorgenommen worden. Es liegen jetzt genauere Ziffern vor, wo früher nur Schätzungen möglich waren. Die Einrichtung der „Mandate“ hat außerdem den verschiedenen Kolonialsystemen ein neues hinzugefügt.

Die vorherrschende Stellung Großbritanniens als Kolonialmacht ist durch den Krieg mit seinen Friedensschlüssen noch stärker geworden. Es hat das gesamte Deutsch-Südwestafrika, fast ganz Deutsch-Ostafrika, große Teile von Kamerun und Togo seinem Kolonialsystem eingegliedert, Kaiser-Wilhelm-Land, die Bismarck-Inseln und Deutsch-Samoa kamen zum britischen Empire, Palästina und Mesopotamien wurden britische Mandatsgebiete. Am stärksten ist Großbritannien als Kolonialmacht immer noch in Asien. Allein Ostindien mit seinen Nebenstaaten hat den Umfang von 4 760 000 qkm und eine Einwohnerzahl von 320 Millionen. Dazu kommen die malayischen Schutzstaaten, wie Perak, Selangor, Negri, Sembilan usw. mit 132 000 qkm Umfang und 2,4 Millionen Bewohnern. Britisch-Malakka, Straits Settlements, hat zwar nur den Umfang von 4100 qkm, es wohnen aber dort annähernd 1 Million Menschen, und Singapore, die Hauptstadt der Straits Settlements, hat wirtschaftlich und militärisch große Bedeutung. Hongkong hat mehr als 600 000 Bewohner, die Insel Ceylon einen Umfang von 66 000 qkm und 4,5 Millionen Bewohner. Die beiden Mandatsgebiete Palästina und Mesopotamien haben zusammen eine Ausdehnung von 540 000 qkm und sind bewohnt von 4 Millionen Menschen. Insgesamt beherrscht Großbritannien in Asien ein Gebiet von 5 535 000 qkm mit einer Bewohnerzahl von rund 340 Millionen. Auch in Afrika ist heute Großbritannien noch die größte Kolonialmacht. Zwar ist der afrikanische Besitz Großbritanniens mit seinen 11 Millionen Quadratkilometern Flächeninhalt nicht viel größer als der Frankreichs, aber im britischen Teil Afrikas wohnen — Aegypten hinzugerechnet — 61,5 Millionen Menschen, das ist annähernd die Hälfte des ganzen Erdteils. Selbst im Erdteil Amerika hat Großbritannien noch den relativ größten Besitz. Canada und Neufundland, Britisch-Honduras, Britisch-Guyana, die Falkland-Inseln, Jamaika mit den Nebeninseln und die andern Besitzungen Großbritanniens im amerikanischen Erdteil haben

insgesamt eine Flächenausdehnung von mehr als 10 Millionen Quadratkilometern. In diesen riesigen Territorien — die Vereinigten Staaten einschließlich Alaska haben nur eine Ausdehnung von 9,5 Millionen Quadratkilometer — wohnen allerdings nur gegen 11 Millionen Menschen, davon in Canada allein 8,8 Millionen. Australien mit Tasmanien und Neuseeland gehören ganz zum britischen Reich, aber auch im Sunda-Archipel, in Melanesien, Polynesien und Mikronesien hat Großbritannien noch Besitzungen. Allein auf der Rieseninsel Borneo beherrscht es ein Gebiet von 220 000 qkm. Der gesamte Kolonialbesitz Großbritanniens in den verschiedenen Erdteilen und Weltmeeren nimmt heute eine Fläche von 34,4 Millionen Quadratkilometern ein, d. h. eine Fläche, die dreieinhalbmal so groß ist wie ganz Europa, wird, mittelbar oder unmittelbar, von London aus regiert. In diesen Gebieten wohnen ungefähr 415 Millionen Menschen. Großbritannien gebietet über den vierten Teil des Festlandes der Erde und über den vierten Teil der Menschheit.

Die zweite Kolonialmacht ist im Laufe der Jahrzehnte Frankreich geworden. Zu seinem großen afrikanischen Besitz hat es nach dem Kriege erhalten den weitaus größten Teil von Kamerun und die größere Hälfte von Togo, außerdem das Mandat über Syrien. Französisch-Afrika hat heute einen Umfang von 10,8 Millionen Quadratkilometern; dort wohnen 27 Millionen Menschen. In Asien hat sich Frankreich aus Cochinchina, Kambodscha, Annam und Tonking ein recht ansehnliches Kolonialreich geschaffen. Dieses Gebiet hat einen Umfang von 710 000 qkm und eine Bevölkerung von 19 Millionen. Der frühere große französische Besitz in Ostindien ist fast ganz den Briten zugefallen, nur noch kleine Besitzungen, mit Pondichery insgesamt 500 qkm mit 250 000 Bewohnern, sind den Franzosen verblieben. Das Mandatsgebiet Syrien hat eine Ausdehnung von 170 000 qkm und annähernd 3 Millionen Einwohner. In Amerika gehört den Franzosen außer einigen kleinen Besitzungen, wie Guadeloupe, St. Pierre und Martinique, Französisch-Guyana. Der gesamte amerikanische Kolonialbesitz Frankreichs umfaßt zurzeit noch eine Fläche von etwas über 91 000 qkm; die Einwohnerzahl beträgt etwas über eine halbe Million. Weiter gehören zum französischen Kolonialgebiet Neukaledonien mit 18 000 qkm Umfang und 60 000 Bewohnern und einige Inseln im Stillen Ozean mit einem Umfang von 4000 qkm und 30 000 Bewohnern. Insgesamt hat der französische Kolonialbesitz eine Ausdehnung von 11,8 Millionen Quadratkilometern; die Bewohnerzahl kann auf 50 Millionen eingeschätzt werden.

Einen sehr wertvollen Kolonialbesitz haben die Niederlande. Java, Borneo, Celebes, Sumatra sind Inseln, die noch außerordentlich große Zukunftsmöglichkeiten haben. Der Umfang Niederländisch-Ostindiens macht 1,9 Millionen Quadratkilometer aus; die Einwohnerzahl wird auf 50 Millionen geschätzt. Nach einem alten Verträge darf übrigens Holland seine ostindischen Kolonien ohne Zustimmung Großbritanniens nicht verkaufen. Niederländisch-Guyana oder Surinam hat einen Umfang von 129 000 qkm, aber die Bevölkerungszahl beträgt nicht viel mehr als 100 000; Curaçao im Karibischen Meer mit den Nebeninseln hat einen Umfang von 1100 qkm; die Bewohnerzahl wird mit 50 000 bis 60 000 angegeben. Der Kolonialbesitz Portugals in Afrika ist noch ziemlich bedeutend. Er besteht aus Portugiesisch-Guinea, Angola und Portugiesisch-Ostafrika. Rechnet man zum afrikanischen Besitz noch die Kapverdischen Inseln, so hat der Kolonialbesitz Portugals in Afrika einen Umfang von mehr als 2,4 Millionen Quadratkilometern. Die Einwohnerzahl macht 5,5 bis 6 Millionen aus. Dagegen haben die Besitzungen Portugals in Ostindien, im Südchinesischen Meere und im Sunda-Archipel nur noch eine geringe Bedeutung. Sie haben einen Umfang von insgesamt 23 000 qkm; es wohnen dort aber immerhin 800 000 Menschen.

Belgien hat infolge des Vertrages von Versailles den Umfang des Kongostaates um 50 000 qkm, und zwar aus dem früheren Deutsch-Ostafrika, erweitern können. Belgisch-Kongo hat jetzt einen Umfang von 2 365 000 qkm; die Bevölkerungszahl wird auf 20 Millionen geschätzt. Spanien sucht, vorerst mit wenig Glück, einen neuen Kolonialbesitz zu schaffen. Auch die Unternehmungen Italiens in Afrika waren bisher wenig vom Glück begünstigt. Weiter hat Italien im Aegäischen Meer Rhodos und den Dodekanes besetzt; auch wenn ihm diese Gebiete schließlich verbleiben sollten, was noch gar nicht sicher erscheint, so wäre damit nur eine recht schmale Basis zur Schaffung eines Kolonialreichs gegeben. Rhodos und der Dodekanes haben nämlich insgesamt nur 2600 qkm Flächenumfang und eine Einwohnerzahl von rund 100 000, zumeist Griechen, die den Italienern kaum großes Entgegenkommen zeigen werden.

Auch die Vereinigten Staaten sind eine Kolonialmacht geworden. Selbst wenn man Cuba und Alaska nicht als Kolonialgebiete ansieht, haben die Vereinigten Staaten von Amerika schon ein ansehnliches Kolonialreich. Die Inselgruppe der Philippinen hat einen Umfang von 298 000 qkm und 11 Millionen Bewohner. Die Hawaii-Inseln sind 16 700 qkm groß und haben 275 000 Bewohner; Portorico hat einen Umfang von 9000 qkm; dort wohnen 1,3 Millionen Menschen. Die in den Jahren 1903 und 1904 abgetretenen Gebiete am Panamakanal, die Panamakanal-Zone, umfassen eine Fläche von 360 qkm. In dieser Zone wohnen 23 000 Menschen. Besitzungen der Vereinigten Staaten sind weiter noch Guam und Amerikanisch-Samoa im Stillen Ozean und die Virginischen oder Jungfern-Inseln aus der Gruppe der Kleinen Antillen, die die Union vor sieben Jahren von Dänemark gekauft hat. Schließlich sei noch Japan als Kolonialmacht erwähnt. Es hat Korea erobert. Dieses Land hat eine Ausdehnung von 220 000 qkm und eine Bevölkerungszahl von 17 Millionen. Die Insel Formosa ist 36 000 qkm groß und hat 2 Millionen Bewohner. Von Sachalin besitzt Japan ebenfalls eine Fläche von 36 000 qkm mit 100 000 Bewohnern; auf den Pescadores-Inseln, ebenfalls Eigentum Japans, wohnen 50 000 bis 60 000 Menschen.

Vor etwa einem halben Jahrhundert wohnten in den verschiedenen Kolonialgebieten von Amerika, Australien, Afrika und Asien wenig mehr als 200 Millionen Menschen; heute haben die gesamten Kolonien eine Bevölkerungszahl, die sicher 550 Millionen erreicht.

Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen?

Von Eduard Bernstein

(Fortsetzung)

Wie es sich mit den Mittelschichten in Industrie und Handel verhält, ist eine andere Frage. Der Krieg hat da wahrscheinlich auf diese Klasse in verschiedenen Ländern verschieden eingewirkt. Bezüglich Deutschlands ist vielfach die Meinung verbreitet, daß der Krieg und die finanzielle Zerrüttung, die sich hier in den Jahren nach dem Krieg vollzogen haben, ganz besonders diese Mittelschichten vernichtend getroffen haben, so daß sie an Zahl ihrer Angehörigen bedeutend zusammengeschmolzen sein müssen. Das

ist aber ein sehr voreiliger Schluß, der sich leicht als den Tatsachen widersprechend herausstellen kann. Gewiß sind viele mittlere und kleine Unternehmer und Besitzende im Laufe dieser neun Jahre zugrunde gerichtet worden. Aber dafür sind, wofür schon viele Anzeichen sprechen, nicht wenige andere emporgekommen, und wo die größere Zahl liegt, wird erst eine sehr sorgfältige Erhebung feststellen können. Die Gestaltung der Preise während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege ist auch im Gewerbe als unterschieden von der Landwirtschaft der Erhaltung der kleinen Unternehmung überaus günstig gewesen. Während z. B. zur Zeit der Betriebs- und Gewerbezahlung von 1907 im deutschen Baugewerbe auf einen Baubetrieb 8 Beschäftigte kamen, ergab im Jahre 1919 eine Erhebung der großen Berufsgenossenschaft dieses Gewerbes nur 4,5 Beschäftigte auf den Betrieb. Wenn nun auch die Entwicklung des Baugewerbes aus verschiedenen Gründen nicht als typisch für die Entwicklung des Durchschnitts der Industrien betrachtet werden kann, so zeigt dieser Fall doch, wie sehr man sich davor hüten muß, schon von einer nahen Zukunft eine so weitgehende Vereinfachung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten, daß sie in irgendeinem Lande von Bedeutung die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu einer einfachen, in kurzer Zeit zu bewältigenden Aufgabe machen würde. Ueberall wird sie lange Jahre erfordern, nirgends wird es ohne Zeitperioden abgehen, in denen der sozialistische Gedanke erst teilweise, wenn auch in nach und nach größerem Umfange zur Anwendung gelangt sein wird.

Von dieser Epoche sind wir indes zum Glück keineswegs mehr weit entfernt, in einigen Ländern vielmehr schon in sie eingetreten. Um dies zu erkennen, muß man sich einen klaren Begriff davon machen, um was es sich beim Sozialismus im wesentlichen handelt, und bei den Wirtschafterscheinungen so scharf als möglich unterscheiden.

*

Was ist das Wesentliche des überhaupt möglichen Sozialismus? Wir haben gesehen, daß der Gedanke fallen gelassen werden muß, ein in seinen Einzelheiten spekulativ konstruiertes Gesellschaftsgebilde in der Wirklichkeit aufzubauen. Worauf die sozialistische Bewegung abzielt, ist vielmehr dies, ein Gesellschaftsprinzip zur möglichst allseitigen Verwirklichung zu bringen, das dem Gedanken entspricht, den Ferdinand Lassalle in seinem Arbeiterprogramm in hegelianischer Sprache „Die Idee des Arbeiterstandes“ nennt. Was ist darunter zu verstehen? Nun, nichts anderes als die Zusammenfassung der aus der Lage der Arbeiter und ihrer Stellung in der Geschichte sich ergebenden besonderen Gesellschaftsauffassung und ethischen Begriffe. Lassalle veranschaulicht dies an der Vorführung des Unterschiedes zwischen der Staatsidee der

Arbeiterklasse und der Staatsidee der Bourgeoisie, wobei das Wort Staat der Ausdruck ist für das große, ein ganzes Volk umfassende Gemeinwesen, das eben je nach der Klasse, die in ihm den Ausschlag gibt, einen anderen Charakter annimmt. Wenn also Lassalle davon spricht, den Staat unter die Herrschaft der Idee der Arbeiterklasse zu bringen, so verkündet er nur in anderer Sprache das oben gekennzeichnete Ziel.

Wie nahe wir diesem heute schon gekommen sind, zeigt sich, wenn wir uns den Staat, in dem wir leben, etwas genauer ansehen. Ist der wirklich noch der „Staat der Bourgeoisie?“ In den meisten Ländern moderner Entwicklung ist er es nicht mehr, wenn er auch darum noch nicht der Staat der Arbeiterklasse ist. In dem Maße, als die Arbeiterklasse durch ihre wachsende Zahl und ihr geschlossenes Vorgehen Bedeutung im Staat erlangt hat, hat sie auch der Gesetzgebung des Staates Spuren ihres Geistes aufgeprägt, in seiner Verwaltung Anwendungen ihrer Idee durchgesetzt. Fast die ganze Arbeitsgesetzgebung unserer Zeit ist Einschränkung der Machtvollkommenheiten der Bourgeoisie. Jedes einzelne dieser Gesetze mag vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen seine Mängel haben und unbedeutend erscheinen, der geschichtlichen Bedeutung dieser Gesetzgebung als Ganzes tut dies keinen Eintrag, ihre Tendenz bleibt doch, um mit Marx zu reden, der Sieg eines Prinzips — und zwar eben eines Prinzips der Arbeiterklasse. Verkleinere man sich seine Bedeutung nicht dadurch, daß man sagt, der Kapitalismus bleibt aber doch, was er war. Das ist vollständig irrig. Der Kapitalismus bleibt ebensowenig wie der Staat, was er war, auch er ist dem Gesetz der Veränderung unterworfen.

Der Begriff Kapitalismus, wie er der kapitalistischen Produktion in ihrer klassischen Gestalt entspricht, deckt drei scharf zu unterscheidende Dinge: eine Produktionsform, einen Verteilungsmodus und ein Rechtsverhältnis. Von ihnen hat die seitdem vor sich gegangene Entwicklung nur das erste, die Produktionsform, grundsätzlich unangetastet gelassen, soweit sie sie nicht in der Richtung immer größerer Entfaltung vervollkommnet hat. Die beiden anderen aber, der Verteilungsmodus und das Rechtsverhältnis, sind teils durch die unter dem Druck der Arbeiterbewegung handelnde Gesetzgebung, teils durch die unmittelbare Aktion der organisierten Arbeiter, sowie neuerdings auch der Angestellten in der Richtung einer Abschwächung wesentlich verändert worden. Längst nicht mehr diktiert der kapitalistische Unternehmer, wie es ehemals geschah, Art und Höhe des Anteils der Arbeiter am Arbeitsertrag. Ueber beide muß er mit ihren Organisationen verhandeln, und in verschiedenen Ländern verleiht das Gesetz der von den Organisationen ihm abgerungenen Tarifen Allgemeingültigkeit. Die Lohnbestimmung ist nicht mehr ein rein privatrechtlicher Akt, bei dem der ökonomisch Stärkere

das entscheidende Wort spricht, sie wird immer mehr als eine die Allgemeinheit angehende soziale Angelegenheit anerkannt und dementsprechend der öffentlichen Kenntnisnahme und Vermittlung unterstellt. Ebensowenig ist der kapitalistische Unternehmer noch der unbeschränkte Herr über Einstellung und Entlassung von Arbeitern, der er ehemals war. Auch hier legen ihm das Gesetz und die erstarkten Organisationen der Arbeiter Einschränkungen auf. Von solchen Ausnahmeständen, wie Deutschland sie im Augenblick erleidet, abgesehen, ist das Rechtsverhältnis zwischen kapitalistischem Unternehmer und Arbeiter in den vorgeschrittenen Ländern ein wesentlich anderes, die Macht des ersteren verringerndes geworden, und die in das moderne Wirtschaftsleben später eingetretenen Länder folgen dieser Entwicklung nach. (Schluß folgt.)

Der freie Rhein

Notizen während einer Vortragsreise

Von Hermann Schützinger

Der französische Militär betrachtet Pazifisten und Separatisten im Rheinland gleichermaßen als Instrumente seiner Armee. Sie sind seiner Auffassung nach dazu da, die Widerstandskraft des deutschen Volkes und der Rheinlande im besonderen zu zermürben und den Boden zu bereiten für Okkupationsgelüste des „größeren“ Frankreichs. Die Ahnungslosigkeit und Respektlosigkeit des professionellen Militärs gegenüber den Problemen der zwischenstaatlichen Organisation drückt uns nieder, wenn wir zum erstenmal wieder einem Etappenkommandanten gegenüberstehen und, ohne daß es ausgesprochen wurde, das Wort „Kanaille!“ hervorpfeifen hören. Die Kraft, auch unter den Bajonetten und Fahnen einer feindlichen Besatzungstruppe für die Friedensidee zu wirken, können wir nur aus dem heiligen Glauben schöpfen, daß es unsere geistigen Hämmer, geschwungen über „der Meinung der Welt“, waren, die dem Spuk der Separatisten ein Ende machten — nicht Maschinengewehre und Kanonen —, und daß eben diese geistigen Kräfte noch einmal die letzte Reitpeitsche und den letzten Etappensäbel aus dem Rheinland hinausfegen werden.

Zunächst gilt es damit aufzuräumen, Separatisten und Pazifisten im Rheinland in einen Topf zu werfen. Ein bergetiefer Abgrund trennt die beiden Bewegungen, die sich scheiden wie Wasser und Feuer. Die deutsche Friedensbewegung betrachtet die gewaltsame Loslösung der Rheinlande vom Reich als den schwersten Schlag gegen das neue Deutschland und als das untauglichste Mittel zur Entgiftung der Haß-Atmosphäre zwischen den Völkern. Der Separatismus, dieses Gebilde aus Verbrechern, Phantasten und von Frankreich ausgehaltenen Existenzen, will die Loslösung vom Reich. Warum? Aus erbärmlichen Motiven, die aus dem nackten Gewinnstreben oder aus einer völligen politischen Ignoranz resultieren — oder aus Verzweiflung über die katastrophalen Folgen des passiven Widerstandes.

Ich hatte kürzlich in den Städten und Weindörfern des Moseltales Gelegenheit, einige dieser zeitweilig in das Schlepptau des Separatismus geratenen Existenzen zu sprechen. Man stelle sich das Leidensjahr dieser von Gott und der Welt verlassenen Mosel-Kleinbauern

vor: Die Eisenbahnen liegen zwölf Monate völlig still, ein ärmlicher Kraftwagenverkehr verbindet die größeren Städte; lediglich der täglich sich durch die unendlichen Windungen der Mosel schlingende Dampfer verbindet die Dörfer im Tal. Das ganze Geschäftsleben stockt, Hunger und Entbehrung ziehen in die Stuben ein, während der neue Wein im Keller vergeblich auf den Käufer wartet. Und das Geld in der Truhe wird von Tag zu Tag wertloseres Papier. Aus Verzweiflung säuft man seinen eigenen Wein und schimpft über den Staat, der seinen Beamten und Angestellten das Geld in Fuhren und Paketen zuführt und den Bauern und kleinen Geschäftsmann ruiniert. Ihr ganzes Leben lang haben sie sich geschunden und geplagt, den Dünger in der Bruthitze der Mosel-Sonne auf die Berge getragen, den Atem in den Dünsten des giftigen Vitriols verbrannt und erstickt — und dann ihren Wein bis auf den letzten Liter dem Händler gegeben, selbst nur das mostartige Abwasser getrunken und den Erlös auf Heller und Pfennig auf die Bank getragen. Und jetzt? Jetzt zerrinnen die Jahre der Arbeit, in Papier umgesetzt, zu Nebel und Dunst. An den großen Bank- und Börsenplätzen werden ihre Papiere gehandelt und verschoben, — und sie selbst sitzen in der Einöde, dösen und hungern. Da packt sie die Wut; sie schimpfen auf das treulose Vaterland, die ferne deutsche Heimat, die auf ihren Buckel den neuen Krieg finanziert, die fluchen und verschlingen die einzige Lektüre, das französische „Nachrichtenblatt“, und saufen mit ihrem vergessenen Wein das Gift des Separatismus ein.

Und der „commandant“ von Bernkastel oder Cochem reibt sich vergnügt mit seinem „adjutant“ die Hände. Die „Etappe“ triumphiert. Sie duldet und fördert mehr oder minder heimliche Kraftwagentransporte, spielt den Gönner und Freund. Die Etappe sammelt die wankenden Schäflein unter ihre Fittiche und organisiert die örtlichen Büros der „autonomen Republik“. Die verärgerten und deprimierten Bauern dulden und unterstützen heimlich das neue Regiment. In den Sammelbecken der Bewegung aber strömt als aktive Truppe des Separatismus zusammen lediglich das Gesindel, heimatlose Burschen, entgleiste Gymnasiasten, ruinierte Gewerbetreibende und entwischte Verbrecher. Da wendet sich die Masse der Bauern und Kleinbürger langsam und stetig, angeekelt durch das Treiben der neuen Soldateska, wieder ab. Kein Mittel hilft dagegen. Die „Etappe“ legt vergeblich die Eckpfeiler des Beamtenapparats, der Wirtschaft und der Gewerkschaftsbewegung um, in der Absicht, führende Köpfe der Separatisten an deren Stelle einzufügen. Alles umsonst. Die Bevölkerung fällt in ihre alte Passivität zurück.

Da versucht man es mit den Pazifisten. Ihr Zusammenhang mit der deutschen Volksgemeinschaft scheint den Franzosen lockerer zu sein. Es gelingt ihnen auch, da und dort einen ungefestigten Phantasten zu ködern, in Coblenz z. B. So tritt die Etappe in Trier und in Bernkastel an die Führer der Friedensbewegung heran, mit Samtpfoten und zackigen Gesten: „Herr X., nehmen Sie die Sache in die Hand! Es steht Ihnen alles zur Verfügung!“ — Moralische Ohrfeigen sind die richtige Antwort gewesen. Das „Nachrichtenblatt“ flötet in den höchsten Tönen über „Völkerversöhnung“ und „Friedensrepublik“, zitiert tagtäglich Fr. W. Foerstern und Hellmuth v. Gerlachs Artikel zum Schaden der Friedensbewegung diesseits und jenseits des Rheins. — Nichts will helfen!

Die Etappenmaschine rumpelt und stockt; Befehle und Meldungen fliegen von Coblenz nach Mainz, nach Trier. „Nasen“ werden erteilt über die Plumpheit der Kommandanten. Die „Ausweisungsmaschine“ läuft bald im Galopp, bald steht sie still. Die Kommunisten und Nationalisten dürfen lärmern und toben; kein Mensch stört ihren verwirrenden Krawall. Aber die deutschen Mittelparteien, die Arbeitervertreter, fühlen den gesteigerten Druck, und vergebens sucht man das Band zu zerhauen zwischen

Sozialisten, Demokraten und Pazifisten und ihren eisernen Willen, das Rheinland dem Reich zu erhalten. Da keimt aus dem Bankrott der separatistischen Aktivisten und aus dem zähen Zusammenhalt der großdeutschen Bevölkerung in der „Etappe“ die Resignation. Dann kam das Ende.

Das Ende aber kam nicht als Erfolg des Revanche-Gekläfts unserer Nationalisten, sondern als Sieg der „Meinung der Welt“, die dem Arbeiterführer Mac Donald und seinen Helfern wie dem Generalkonsul Clive den Arm stärkte und die Kraft gab, den Separatistenspuk restlos zu vertreiben. Das hat auch das Rheinland mit seinen demokratischen Traditionen wohl erkannt, und eine Welle eines gesunden, am deutschen Heimatland festhaltenden Pazifismus flutet jetzt über die Berge des Hunsrück und der Eifel ins Rhein- und Moseltal hinab, — unter dem Siegeszeichen des neuen Deutschlands, das ohne Gewehre und Kanonen die Verräterfahnen geknickt hat, kraft des neuen, sich zwischen den Völkern bildenden Rechts.

So bedeutet der Sieg über den Separatismus eine gewonnene Schlacht für die Friedensbewegung und ihren mächtigsten Verbündeten, das Proletariat. Diese Schlacht zu schlagen war unsere Pflicht; denn ein „autonomer“ Pufferstaat am Rhein würde das Ende des friedlichen Wiederaufbaus Europas bedeuten. Wir müßten unsere Grundsätze vollkommen verleugnen, wenn wir auf die Lüge von der französisierten „Friedensrepublik am Rhein“ hereingefallen wären. Sagt doch schon Immanuel Kant in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“: „Ein Staat ist nämlich nicht eine Habe. Er ist eine Gesellschaft von Menschen, über die niemand anders als sie selbst zu gebieten haben.“ Und Wilson drückte dieselbe Auffassung in die Worte aus, daß Völker nicht wie Schachbrettfiguren hin- und hergeschoben werden sollen.

Wir müssen uns endlich den Weg in ein neues Zeitalter erkämpfen, in dem es keine „Pufferstaaten“ und keine „strategischen Schutzwälle“ mehr gibt. Die organisierte Arbeiterschaft ist in erster Linie dafür prädestiniert, all diese Angstprodukte und Gespenster-Requisiten aus dem Leben kultivierter Nationen hinauszukehren. Mag sein, daß man in Frankreich den ehrlichen Wunsch hat, die „Neutralisierung“ der Rheinlande lediglich zum Schutz gegen neue Ueberfälle, als eine Notstandsmaßnahme, zu betreiben, — dann muß eben die erstarkende Meinung der Welt dem französischen Volk mit aller Deutlichkeit zu Gemüte führen, daß durch Vergewaltigung von Grenzlanden keine unüberbrückbaren Zäune geschaffen werden, sondern daß hierdurch zwischen zwei Völker neue Minenfelder eingebaut werden, die durch die Atmosphäre des Hasses, die sie erzeugen, mit mathematischer Sicherheit Freund und Feind in die Luft sprengen werden. — Darum weg mit der autonomen rheinischen Republik! Sie wird uns niemals den Frieden geben!

Nordschleswig, Polen, Südtirol und alle die andern Grenzstreifen, in denen einst und jetzt die „Irredenta“ blühte, sollen uns ein warnendes Menetekel sein!

Abrüstung am Rhein! — Das soll die erste Forderung des neuen Deutschlands sein. Keine deutschen „Bahnhofskommandanten“ mehr und keinen „commissaire militaire“, keine Etappen-Kasinos und keine „foyers du soldats“, keine Tanks und Maschinengewehre! Wenn das neue Deutschland um seinen deutschen Rhein kämpft, mit aller Liebe zur Heimat und allem Vertrauen auf das Recht, das zwischen den Völkern und über die Völker sich aufreckt — dann wird über dem Marschtritt französischer Kolonial-Bataillone und dem Rollen französischer Batterien der Sieg unser sein durch die Kraft der Idee. — Etappenkommandanten hüben und drüben werden lachen. Und doch werden wir siegen!

Der Papierputsch

Von Papyrus

Wir leben im Zeitalter der Putsche: Nachdem der November-Putsch der Hitler-Helden heillos und ruhmlos zusammengebrochen ist, trotzdem das Hitler-Heer von gewissen Industriekreisen mit Dollarnoten ausgehalten wurde, sucht jetzt anscheinend die Industrie selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Trotz aller Bemühungen ist es gewissen Kreisen nicht gelungen, die Rentenmark den Weg der Papiermark gehen zu lassen, sie blieb stabil. Die Börse hat versagt, aber die Zeit der „Scheingewinne“ lockt doch noch, und so versucht man, von innen heraus die Rentenmark zu unterhöhlen; ist dies gelungen, so wird sich das Ausland gewiß auch wieder für Markspekulationen interessieren. Sturmtrupp bei diesem Angriff bildet die Papierindustrie.

Die Geschichte des Papierputsches ist folgende:

Während des Sinkens der Mark lagen die deutschen Papierpreise abwechselnd unter und über den Weltmarktpreisen, je nachdem die Preise in Kartellbeschlüssen festgelegt waren. Dann kam die Goldmarkrechnung, die Stabilisierung der Mark, und im Januar lagen die deutschen Papierpreise ungefähr 100 Proz. über den Vorkriegspreisen — infolge der höheren Frachten, der teureren Kohlen, der hohen Arbeitslöhne, des unglückseligen Achtstundentages u. a. m. Dann ermäßigte die Eisenbahn ihre Frachtsätze, die Kohlenpreise sanken, die Arbeitslöhne gingen auf die Hälfte bis zwei Drittel des Vorkriegstandes zurück und an Stelle des Achtstundentages trat der Zehnstundentag — für die Arbeiter, nicht etwa aber für die Fabrikanten, die in ihren neu erworbenen Automobilen (siehe Scheingewinne) herumkutschierten. Aber dann sah man ein, man muß sich dankbar erweisen und die Verkaufspreise auch etwas ermäßigen. Also begann der allgemeine Preisabbau im Januar und Februar, dergestalt, daß das Papier nur noch 50 Proz. mehr als im Frieden kostete — wohlverstanden: in Deutschland. Die ausländischen Kollegen der Herren Papierfabrikanten, die in nicht „marxistisch“ regierten Ländern wohnten, lieferten billiger auf die fremden Märkte, und wenn sich die Deutschen nicht ganz ausschalten lassen wollten, so mußten sie im Preise folgen. So kam es denn, daß ein Papier, das im Frieden 36 M. kostete, in Holland zu 28 fl. (also 45 M.) zu haben war, während der deutsche Preis 62 M. betrug (holzfreies Schreibpapier). Inzwischen stieg der Preis in Holland etwas; er beträgt heute 31 fl. oder 50 M.; aber der deutsche Preis blieb unverändert auf 62 M. stehen, also 20 Proz. über dem Exportpreis. Obwohl nun also der Inlandspreis schon ein Fünftel über dem Weltmarktpreis liegt, der sich nicht so ohne weiteres durch Konventionalbeschuß in die Höhe setzen läßt, wird er um weitere 7—10 Proz. erhöht (4 M. für 100 kg). Gründe privatwirtschaftlicher Art sind hierfür nicht vorhanden, höchstens daß infolge der Wahlen ein stärkerer Konsum zu erwarten ist. Die von den Unternehmerverbänden ausgehaltenen Parteien können mit Leichtigkeit diese Mehrausgaben tragen, dagegen wird dies den unabhängigen Parteien schwer fallen. Doch es wird auch Papier in Deutschland verarbeitet, um ins Ausland verkauft zu werden. Infolge der Preisunterschiede zwischen Inland und Ausland ist die deutsche papierverarbeitende Industrie konkurrenzunfähig geworden. Ein großer Teil der Gestehungskosten der Papierwaren besteht in den Preisen des Papiers; Arbeitslöhne sowie sonstige Materialien sind von nebensächlicher Bedeutung. In Deutschland beträgt der Preis für 10 000 Blatt unverarbeitetes Briefpapier soviel wie in England für 10 000 fertige Briefbogen — die drüben auf deutschem Papier gedruckt sind.

Hierdurch wird die ausländische Papierwarenindustrie auf Kosten der deutschen großgezogen, ja geradezu von ihr subventioniert. Firmen der Papierverarbeitung, die bisher gute Verbindungen im Auslande hatten, müssen entweder darauf verzichten oder Zweiggeschäfte daselbst errichten. Dies ist auch in letzter Zeit des öfteren geschehen.

Natürlich schreien die britischen Papierfabrikanten nach Schutzzoll gegen die Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen. Spanien und die Schweiz z. B. sind unter solchen Umständen auch nicht geneigt, deutsche Erzeugnisse ohne besondere Hindernisse in ihr Land zu lassen, — der ganze alte Vorwurf des deutschen Dumpings lebt wieder auf, sehr zum Schaden des deutschen Ansehens.

Noch schlimmer wird die Sache im Inlande: Die Grossisten erhöhen ihre Preise sofort auch um 5—10 Proz. — man erinnert sich des „Wiederbeschaffungspreises“ aus der Inflationszeit her. Erwähnt sei noch, daß die gleichen Herren die Tarifgehälter ihrer Angestellten um 5 Proz. offiziell heruntergesetzt haben — wegen Preisabbau. Aber auch die papierverarbeitende Industrie setzt ihre Preise entsprechend herauf, — so beschloß der Verband der Etuisfabrikanten einen Aufschlag von 10 Proz. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren — kurz, wir leben wieder wie in der Zeit des Marksturzes. Die Unterhöhlung der Rentenmark setzt ein; was der Börse mißlang, soll jetzt der Industrie gelingen.

Wie verderblich die Kartelle und Konventionen auf die Preisbildung wirken, zeigt die Briefumschlag-Konvention. Vor dem Kriege kosteten die „Kampfsorten“ das Tausend 1,60 M., bis vor kurzem rund 2 M. In Berlin boten außenstehende Firmen den gleichen Artikel mit 1,10 M. an. Zuerst glaubte man es mit Angstverkäufen, vorübergehenden Erscheinungen usw. zu tun zu haben; doch die Angebote verschwanden nicht vom Markt. Erfolg: Die Preisbindungen der Briefumschlag-Konvention wurden für Berlin aufgehoben. Es gibt zu denken, daß jetzt auf einmal in der Reichshauptstadt nutzbringend unter den früheren Mindestpreisen der Konvention gearbeitet werden kann.

Billige Angebote auf den Markt bringen, heißt in der Branchensprache jetzt „schleudern“. Seit Monaten wird eine Kölner Papiergroßhandlung in den Fachblättern gebrandmarkt, weil sie billig verkaufte. Wer preiswerte Angebote auf den Markt bringt, nützt der deutschen Wirtschaft und dem Volke durch die Tat — auch wenn es den Profit einer kleinen Kaste schmälert.

Auf der Papiermesse in Leipzig hing eine graphische Darstellung über die Entwicklung der Papierpreise. Hieraus ging hervor, daß die Preise für Rohpapier in viel bedeutenderem Maße gestiegen waren als die der verarbeiteten Ware. Woher kam dies? Durch die Arbeitslöhne in der papierverarbeitenden Industrie — „Deutschland, dein ärmster Sohn ist auch dein treuester Sohn!“ Was wird nun aus den Riesengewinnen der Papierindustrie? Die Rohstofffrage ist von eminenter Bedeutung für die deutsche Industrie. Die in Deutschland erzeugten und verbrauchten Papier-Rohstoffe, wie Holz und Stroh, decken nur einen Teil des Bedarfs. Versuche mit andern Stoffen kosten Geld, aber hierfür hat man nichts oder nur wenig übrig. Wohl aber werden in England und Frankreich ständig neue Patente eingetragen auf die Verarbeitung von Reisstroh, Torf usw. zu Papierrohstoffen. Doch in der deutschen Industrie zeigt sich hierfür kein praktisches Interesse. Man hat es ja auch nicht nötig! —

Es gibt keine Fertigung, bei dessen Preisfeststellung das Papier ohne Bedeutung ist: Was für die Schwerindustrie die Kohle, das ist für die Fertigung das Papier. Zum Einschlagen, Ausstatten, Ausrüsten usw. findet es überall Verwendung. Gelingt es den Papierfabri-

kanten, ihre Festmarkpreise (also die Rentenmarkpreise) heraufzuschrauben, so steigen schnell alle andern Warenpreise nach — und die Rentenmark ist unterhöhlt. Der Kampf gegen die Papierpreiserhöhung ist der Kampf gegen die Währungszerstörer — gegen den Wirtschaftsputsch.

Daß die Kartellpreise weit über das Ziel hinausschießen, daß auch bei Berechnung unter ihnen noch verdient wird, zeigt das oben angeführte Beispiel aus der Briefumschlagbranche.

Also, wo bleibt das Kartellgericht? Wird jetzt nicht energisch durchgegriffen, ähnlich wie bei dem Ansturm einiger Banken gegen die Devisenverordnung, so rutscht die Rentenmark den Weg der Papiermark — dank der neuen Papierpreise.

Herman Bang

Von Kurt Offenburg

Tage der Kindheit —
zu euch habe ich mich zurückgeflüchtet,
daß ihr meines Herzens Wehe lindert.
Bang: „Das weiße Haus“

Herman Bangs Werk ist wie eine Kreuzung zwischen Hamsun und Wilde. Es gibt Romane Bangs („Das graue Haus“, „Das weiße Haus“, „Hoffnungslose Geschlechter“), die man bedingungslos in die wundervolle Reihe der besten nordischen Erzählungen einreihen kann. Daß Bangs Vitalität um unendlich vieles schwächer ist als die Hamsuns, und dünner selbst als die leidenschaftlich expansive Formlosigkeit des Dichters der Christiania Bohème, das macht Bangs Stoffkreis so eng. Arm an Empfindungskraft sind diese frühen Romane Bangs deshalb nicht; die Gefühlssphäre ist labil und von der feinsten Schwingungsfähigkeit; die Sehnsucht seiner Zeit, die lebendige Bewegung des echten Lebens im dichterischen Werk zu spiegeln, wird ganz erfüllt.

Kein verlogenes Wort ist in diesen ersten Arbeiten, kein aufgeputztes Gefühl; diese Romane, die sich um fast gar nichts drehen, die kaum ein Geschehnis erzählen, die nichts geben als das Flackern eines schwachen Herzens, das kaum gewußte Leiden von Nerv und Seele in einer schweren und dunstigen Atmosphäre, die Schilderung eines Seins, das in Spiel und Tanz verprascht und doch müde ist von schwerster Resignation, — sind mit den feinsten Mitteln erzählt.

Bangs schöpferischste und wärmste Arbeiten sind aus den Gefühls-eindrücken, aus tiefen Impressionen seiner Knabenzeit geschöpft. Hier darf man wohl sagen, daß die Bindung an die Mutter (im Sinne des viel mißbrauchten Oedipuskomplexes Freuds) die Motive und ihr Fluidum geschaffen hat. Die Entwicklungen Bangs, die Erlebnisse seines späteren Lebens haben kaum etwas dazu gegeben. Alle unfachahmbare Feinheit seiner psychologischen Erkenntnisse, dieses seltsam suggestive Schweben zwischen Hell und Dunkel, dieses skeptische Wissen von der Schattenhafteigkeit des Lebens, dieses Huschen zwischen Dämmerungsträumen und bitterer Resignation, das in der Stella sich auslebt, — ist schon unbewußte Erkenntnis des Knaben gewesen; des Knaben, der nie die Kraft hatte, Mannesgefühle zu erleben, des reifen Mannes, in dem alle Sehnsucht des Knaben geblieben ist. Und diese Sehnsucht in die Kindheit zurück, gebärte die erlebnisgesättigte Bildkraft der frühen Romane: zur Resignation verwandelte, unstillbare Sehnsucht nach Heimat und Jugend, schuf die „Vaterlandslosen“ und viele Novellen. — Wie die Stella hat er Tine und andere Frauen, die am Manne zugrunde gehen, in seiner Jugend erlebt.

Die innige Kraft und Zartheit dieser Schilderungen umfaßt nicht nur die Schicksale der Menschen, die des Dichters Jugend umstanden, sie er-

greift die ganze Umwelt. Weihnachtsfeste und Kirchgänge, ebenso wie die komischen und skurrilen Ereignisse in Küche und dem Leben der Dienstboten, die Wichtigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen, die losen schwärmerischen Träume der kindlichen Mutter: gröbste Materie und unfaßbar Jenseitiges wird in vielen Variationen gegeben; stets mit gleicher Souveränität und mit zärtlichem Humor, der zwischen Lachen und Weinen ist.

In dem Roman „Michael“, in dem Bang den Versuch macht, ein architektonisch strenger gefügtes Gebilde zu schaffen, in dem das Künstler-schicksal über die Wirklichkeit hinausgesteigert werden sollte, gibt der Dichter seine feinsten Möglichkeiten auf. Der Roman soll die Heimatlosigkeit des Künstlers auf der Welt malen. Die Einsamkeit, die den vom Dämon des künstlerischen Gestaltens Besessenen vom bösen und schönen saftvollen Leben der Wirklichkeit trennt. Aber die Menschen sind hier fast zu Allegorien geworden, nur die Milieuschilderung, trotzdem auch sie veräußerlicht ist und an atmosphärischer Fülle verloren hat, zeigt noch die Anschaulichkeit, die Bangs große Begabung ist. Hier, wo Bang am schwächsten ist, nähert er sich Wilde. Aber die zunehmende Gefühlsverarmung, die das Schicksal dieser Schwachen, auf den infantilen Gefühlsstufen reif gewordenen Menschen zu sein scheint, — ist bei Bang noch liebenswürdig und ohne den bengalischen Glanz, den Wildes Artistik ausstrahlt.

Wie selten, ist hier Leben und Werk eines Menschen verknüpft. Die Jugend Bangs (der aus alter dänischer Familie stammt wie William Hög in den „Hoffnungslosen Geschlechtern“) war wahrscheinlich wie die Jugend dieses Helden vom heimlichen Wahnsinn des Vaters tragisch beschattet. Der sensible Knabe, der in fast mädchenhafter Zärtlichkeit an der stillen und seltsamen Mutter hing, die er in den Bildnissen der Stella so oft mit inniger Hingebung geschildert hat, litt wie ein Schuldiger unter dem Verhängnis, das er nicht abwenden konnte. Er war ein Gebrochener, ehe er reifte; aber vielleicht hat der Druck, der dem überzarten Kind auferlegt war und der seine physischen Entwicklungskräfte verbrauchte, seine Seele so bereichert und verfeinert, daß er ihr sein Künstlertum danken muß.

Persönliches findet man genügend in Herman Bangs Werken; hier seien nur wenige Striche zur Ergänzung gegeben. Er war der gütigste Mensch und in materiellen Dingen ewig hilflos wie ein kleiner Junge; er war unglücklich, daß er um des Brotes willen journalistische, flüchtig geformte Unzulänglichkeiten in Druck geben mußte. Aber er hatte die Leidenschaft, die gewählteste Kleidung zu tragen, und er vermochte sich nicht dagegen zu wehren, daß das peinlich verdiente Geld ihm durch allerhand Betrügereien, durch Diener und Impresario, weggenommen wurde. Er sehnte sich nach Ruhe und gedämpften Farben; jede menschliche Gegenwart rieb seine überlabilen Nerven auf; doch er starb auf einer seiner rastlosen Reisen durch die Welt, durch die grellste und lauteste Wirklichkeit: auf einer Vortragsreise durch Amerika. —

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Kritische Tage

Ein rosiger Optimismus beherrscht die große Masse des deutschen Volkes. Nach so langen Jahren des Elends und der Unsicherheit auf allen Gebieten wännen sich die meisten auf einer sicheren Insel. Und da um uns herum alles wieder zu haben ist, Südfrüchte, Weine, Spirituosen und andere Genußmittel ausländischen Ursprungs sich zu Bergen türmen, wird in der Tat der oberflächliche Beobachter zu dem Gedanken verleitet, daß bei uns alles in bester Ordnung ist und wir uns getrost auf dem

Polster der Rentenmark ausruhen können. Daß diese oberflächliche Leichtfertigkeit nie weniger angebracht war als heute, lehren die Sturmzeichen, die sich auf vielen Gebieten der Wirtschaft und Finanzen bemerkbar machen.

Bemerkt muß vor allem werden, daß unsere Währung von Stürmen ernstester Art bedroht ist. Im Gegensatz der optimistischen Auffassung des Herrn Reichsbankpräsidenten, die dieser gegenüber einem Mitarbeiter der Braunschweigischen Staatszeitung äußerte, daß die Aufrechterhaltung der Markstabilisierung gesichert sei, steht die Mark an den führenden Auslandsbörsen unter starkem Druck. Der Kursrückschlag betrug teilweise 10 Prozent. Die plötzlich erfolgte Unterbindung der Auslandsreisen kann als Beweis gelten, daß selbst die Reichsregierung von der Notwendigkeit eines Schutzes der Rentenmark überzeugt ist. Diese Maßnahme der Regierung wird, wie wir hören, nicht die letzte sein.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Kursrückschlag lediglich spekulativen Manövern entspringt. Die Rentenbank tritt in einer öffentlichen Erklärung der Meldung eines Berliner Blattes entgegen, daß tschechische und polnische Spekulanten am Werke seien, die Rentenmark in den Grenzgebieten aufzukauern, um sie über die Tschechoslowakei nach Frankreich zu schaffen. In der Erklärung der Rentenbank heißt es zum Schluß: „Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor, da die Mächtigkeiten der Aufkäufer in den Grenzgebieten keinerlei erheblichen Erfolg gehabt und auch an dem gesunden Sinne der Bevölkerung scheitern dürften.“ Das Vorhandensein der Kontermine wird also von der Rentenbank zugegeben. Doch dürften diese Spekulationsmanöver, von unwesentlichen Einfluß auf die Kursgestaltung der Mark sein. Vielmehr liegt die Ursache der Deroute auf anderen Gebieten.

Unsere Handelsbilanz ist nach wie vor passiv. Dies liegt nicht zuletzt an der riesenhaft angeschwollenen Einfuhr von Genußmitteln und Luxuswaren. Des ferneren an der Ausfuhr der Rentenmark, die in nicht geringem Maße von den zahlreichen im Ausland sich aufhaltenden Deutschen verursacht wurde. Die starke Repartitionierung der Reichsbank bei der Zuteilung von Devisen tut ein übriges, die Mark in ihrem Kern zu schwächen. Bei einer Zuteilung von 1% müssen gewaltige Mengen Devisen auf dem freien Markte beschafft werden, was sicher nicht zur Stützung des Markkurses beiträgt. Die Unfähigkeit des deutschen Kapitalmarktes, die Wirtschaft mit laufenden Krediten zu versorgen, erheischt die Einfuhr ausländischen Kapitals und führt damit zur weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz. Die Unsicherheit im besetzten Gebiet vermehrt die Schwierigkeiten der Wirtschaft und der Markstabilisierung. Die *Micum*-Verträge laufen am 15. April ab, was dann folgt, ist bis heute ungewiß. Ein Schritt des deutschen Botschafters bei der französischen Regierung, in dieser Frage zu einem erträglichen *modus vivendi* zu kommen, war ohne Erfolg. So fügt sich eins zum andern.

Inzwischen macht sich diese Unsicherheit, die auf allen Gebieten Blasen wirft, im täglichen Leben bemerkbar. Die Preise steigen, der Reallohn sinkt. Lohnbewegungen sind die Folge, gärende Unruhe wird wieder in die Betriebe getragen. Ein unerbittlicher Kreislauf. Und dies alles in einer Zeit, wo die politischen Wogen hoch gehen und die Wahlen immer näher rücken. Die verunglückte Frankenspekulation wurde zum besten Wahlhelfer Poincarés. Es scheint, als sollten auch bei uns den reaktionären Parteien Helfershelfer bei der Wahl aus einer desorganisierten Wirtschaft erwachsen. Möge es der Reichsbank durch die in dieser Woche zur Eröffnung gelangenden Golddiskontbank gelingen, wenigstens währungspolitisch die Gefahren zu bannen. Eine wichtige Voraussetzung zur weiteren Gesundung wäre damit geschaffen.

Konzernkonsolidierung

Die deutschen Industriekonzerne bilden im Entwicklungsprozeß der Volkswirtschaft den sichtbaren Niederschlag einer Reihe zusammenwirkender Faktoren. Als solche wären zu nennen: Die ökonomischen Wirkungen des Krieges, die Auswirkung der Friedensverträge, der leidenschaftliche Imperativ zur Selbstbehauptung als weltwirtschaftlicher Faktor und — last not least — die Inflation. Bei der Bildung von Industriekonzerne unterscheidet man gesunde, auf dauernde Wirkung berechnete und volkswirtschaftlich notwendige Zusammenballungen und minder notwendige, aus spekulativen Erwägungen zu erklärende. Je mehr die deutsche Wirtschaft sich dem Normalzustand auf den Boden einer festen Währung nähert, je mehr erfolgt die innere Konsolidierung der Konzerne. Was nicht zusammengehört, wird unter dem zwingenden Muß getrennt und unter anderen Formen neu zusammengefaßt. Es ist sehr lehrreich, die Entwicklung der großen vertikal gegliederten Unternehmungen zu verfolgen, wie diese in der Zeit einer treibhausmäßigen Entwicklung entstandenen Gebilde sich innerlich konsolidieren und neu gestalten.

Bemerkenswert ist in dieser Beziehung ein engerer Zusammenschluß der Otto-Wolff-Gruppe mit der Mansfelder A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eisleben. Mansfeld ist der ausschlaggebendste Kupferproduzent Deutschlands (Produktion zirka 200 000 t jährlich) mit einer ausgedehnten Nebenproduktion. Dieses Unternehmen, an welchem früher die Stadt Leipzig maßgebend beteiligt war, wurde 1920 gründlich reorganisiert. Durch den Effektenaufkäufer Hugo Herzfeld wurden Aktienpakete gebildet, die den Weg zu anderen Industriegruppen fanden. Als Großaktionäre fungieren heute: die AEG, das Haus Herzfeld, die Stadt Leipzig und Otto Wolff. Mit letzterem kommt jetzt eine Transaktion zustande, wonach die Kuxe der zu Mansfeld gehörenden Kohlegewerkschaft Sachsen, bei Hamm, zwecks Modernisierung zu 50% an die Wolff-Gruppe abgetreten werden sollen. Wolff will dann mit Hilfe seiner Montangruppe und der mit dem Wolff-Konzern eng liierten holländischen Finanzkreise die Kohlegewerkschaft Sachsen modernisieren. Der Einfluß Wolffs auf die Montanindustrie wird durch diese Interessenahme wesentlich verstärkt. In welchem Umfange die holländische Gruppe beteiligt ist, steht noch nicht fest. Bei der Beurteilung dieser Transaktion darf die engere Anlehnung des gesamten Mansfeld-Unternehmens an den Wolff-Konzern nicht vergessen werden. Womit auch das Band zwischen Wolff und der AEG ein engeres wird.

Die Tschechoslowakei auf der Oder

Der Versailler Friedensvertrag enthält die Bestimmung, daß die deutschen Ströme und Binnenwasserstraßen internationalisiert werden müssen. Ein erheblicher Teil des Kahnraums und der Schleppkraft der deutschen Binnenflotte mußte an Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen abgegeben werden. Die Tschechoslowakei erhielt auf der Elbe neben den abgetretenen Schiffen Lagerschuppen und Hafenanlagen u. a. in Dresden, Magdeburg und Hamburg. Durch die Elbe ist dieser Staat mit dem Meer verbunden. Obwohl Tschechien nicht an die Oder grenzt, erhielt es trotzdem durch den Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters Hines 12 Schleppdampfer mit 5669 HP. und 84 Schleppkähne mit 35 800 t Tragfähigkeit aus der reichsdeutschen Oderflotte zugewiesen. Die zur Uebernahme dieses Schiffsparkes neugegründete „Tschechoslowakische Oderschiffahrtsgesellschaft“ ist soweit konstituiert, daß sie ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Bei dieser Oderschiffahrtsgesellschaft erhält die tschechische Schwereisenindustrie einen starken Einfluß, namentlich die Wittkowitz Berg- und Eisenhüttengewerkschaft und die Berg- und Hüttenwerkgesellschaft. Von dem Aktienkapital in Höhe von 10 Mill. öK.

werden 4 Mill. Vorzugsaktien und 6 Mill. Stammaktien ausgegeben. Der Staat bringt die Schiffsflotte im Werte von 12 Mill. cK. ein, wofür er 1,2 Mill. cK. Vorzugs- und 6 Mill. Stammaktien erhält. Die beiden obengenannten Hüttengesellschaften erhalten zusammen 2,8 Mill. cK. nominale Vorzugsaktien, so daß sie gegenüber dem tschechischen Staat im Vorteil sind. Dies um so mehr, da sie im Verwaltungsrat zur Hälfte vertreten sind. Der Vorsitzende dieser Körperschaft ist Vertreter der Privatgesellschaften. Die beiden tschechischen Hüttengesellschaften erhalten durch die Beherrschung dieser Oderschiffahrtsgesellschaft einen nicht geringen Machtzuwachs. Sie sind in der Lage, ihre Erze und sonstige Rohmaterialien billig einführen zu können und den Absatz ihrer Produkte über Stettin günstig zu forcieren. An beiden Gesellschaften ist französisches Kapital indirekt beteiligt.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Der unblutige Krieg

Noch sind die Wunden des großen Völkermordens nicht geschlossen und schon beschäftigt die Wissenschaft des Massentötens die Militärschriftsteller. Herrliche Zeiten wollen sie den Völkern bereiten. Zwar den Krieg als solchen betrachten sie als ein Lebensgesetz, indem sie, frei nach Darwin, den rohen und brutalen Kampf ums Dasein als die Quelle jedes Fortschrittes ansehen, aber sie sind „humaner“ geworden, — sie wollen kein Blut ferner vergießen. Das Problem lautet: Auf welche Weise kann man den Feind mit dem möglichst geringen Kräfteaufwand niederwerfen? Antwort darauf gibt das unlängst erschienene Buch des englischen Oberst Fuker: *The reformation of war* (New York, Dutton & Co.). Den Militaristen der alten Schule, von der Art Bernhardis und Ludendorff werden die Haare zu Berge stehen, wenn sie sehen, wie der englische Oberst sie außer Dienst stellt; nicht nur sie, sondern auch die jetzigen Massenheere und die Flotten. Wurde der Krieg zuletzt

„zweidimensional“, auf und unter der Erde entschieden, so wird er zukünftig dreidimensional, von der Luft aus durch Gas entschieden werden. Dieser Gedanke ist nicht neu, aber mit solcher Offenherzigkeit wie Fuker, hat wohl noch keiner die Theorie verfochten, daß der Sieg in Zukunft demjenigen zufällt, der am schnellsten und rücksichtslosesten, ohne die veralteten Formen einer Kriegserklärung, ein Land mit Flugzeugen umschattet, die mit tagelang wirkenden, giftigen Gasbomben, vor allem die Zivilbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, schmerzlos ausrotten und die Städte und Dörfer in einen Trümmerhaufen verwandeln. Der Vergleich mit der zerstörenden Wirkung der veralteten Kanonen, Maschinengewehre, Minen usw. und der des Gases ergibt den zwingenden Schluß, welcher ein Fortschritt in dieser neuen „Ökonomie des Militarismus“ verborgen liegt. Von Marathon über die Marneschlacht zur „wissenschaftlichen“ Vertilgung eines Volkes durch den „war scientist“, den wahren Kriegswissen-

schaftler — wer wollte da an Zweck und Ziel des Menschengeschlechts noch zu zweiteln wagen?

Die brutale Gewalttheorie der traditionellen Kriege, sagt Fuker, gehört der Vergangenheit an. An ihre Stelle tritt der direkte Angriff auf die Quellen der militärischen Macht: auf die Nerven und den Willen der Zivilbevölkerung! War die bisherige Kriegführung darauf gerichtet, das „Fleisch der Soldaten“ zu vernichten, so muß die zukünftige auf schreckliche „moralische Effekte“ eingestellt sein. So schreckliche, daß die davon betroffene Nation aus ihrem geistigen und moralischen Gleichgewicht geworfen wird. Dadurch wird deren Regierung gezwungen, sich schnell ihrem Gegner zu unterwerfen. Die Mittel dazu bestehen in großen Gasangriffen auf die Nervenzentren des feindlichen Staates, auf London, Paris, New York, Berlin, wie jede andere Hauptstadt. Wegen der gegen die Zivilbevölkerung in erste Linie ge-

stellten Attacke von 500 Luftschiffen, von denen jedes 500 Zehnpfundbomben mit sich führt, die in einer halben Stunde ganz London in eine Verzweiflungspanik stürzen, wird eine Beruhigungspille dosiert: auch im letzten Kriege war schon die Hälfte der Bevölkerung daran beteiligt. Zwischen der alten und der neuen Praxis besteht daher nur ein gradueller Unterschied. Aber dem unblutigen Massenmord eignen sich sehr praktische Vorzüge. Ein Toter redet nicht mehr; wenn er begraben ist, belästigt er die Ueberlebenden nicht, während ein Verwundeter um Hilfe schreit, Verwirrung erregt und mag er nun sterben oder geheilt werden — er bleibt eine militärische Last und ein Faktor der Demoralisation des Heeres.

Angenehme Aussichten. Wobei zu bemerken bleibt, daß, wenn am 4. Mai die Kriegspartei der Hergt und Wulle siegen sollte, solche Aussichten bald Wirklichkeit werden dürften. *Ignotus.*

BÜCHERSCHAU

Not und Verschwendung

Unter diesem Titel hat der Rektor der Leipziger Handelshochschule, Leiter des dortigen neugegründeten Weltwirtschaftlichen Instituts und Professor der Volks- und Weltwirtschaftslehre, bei Brockhaus seine „Untersuchungen über das deutsche Wirtschaftsschicksal“ erscheinen lassen. Ein zweiter Band soll folgen, obwohl der erste schon etwa 700 Seiten umfaßt.

Der Grundfehler des Buches, das heute zugleich seinen Inhalt und den Verfasser charakterisiert, ist, daß es im September 1923 abge-

schlossen wurde. So wurde die wildeste Zeit der Inflation zum sich ängstlich duckenden Kirchenbesucher, dem der Professor Schultze aus Leipzig zornig und bußheischend predigt. Es sind wirklich keine Untersuchungen, sondern Reden, temperamentvolle Anklagen, mitunter beinahe grimmige Satiren über das deutsche Wirtschaftsschicksal.

Wir müssen bis zu Abraham a Santa Clara zurück, um einen tref-fenden, Herrn Professor Schultze charakterisierenden Vergleich zu finden. Dem Zuge der Zeit folgend, ist jener heute so etwa An-

hänger der Deutschen Volkspartei (links-rechter Flügel) geworden.

Inhaltlich sind die 30 Hauptkapitel nebst Untergruppen und Einzelabteilungen Ausschnitte aus der Zeit und aus Zeitungen, amtlichen Veröffentlichungen, Statistiken und ähnlichem, offen zutage liegendem Material. Schultze hat sie mit seinem Temperament zusammengefaßt, durch agitatorische, schlagwortartige Ueberschriften in Korporalschaften eingeteilt, und geißelt mit ihnen jeden und alles, was ihm in den Weg kommt. Dabei entstehen merkwürdige Ergebnisse. Das Kapitel über den Leerlauf der deutschen Volkswirtschaft umfaßt 18 Seiten, das über die Diebstahlsseuche in 25 Unterabteilungen — einschließlich „Feld-diebstähle“ und „Löhnungsgelder“ — genau 100 Seiten.

„Not und Verschwendung“ ist kein volkswirtschaftliches, sondern ein bestenfalls kulturhistorisches Buch, das aus dem Zeitungshorizont heraus gesehen ist. Es scheint den Nibelungenfilm (mit Premierenkranz am Sarge Friedrichs des Großen) ins Volkswirtschaftliche übersetzt zu haben.

Als kleine Geschmacksprobe eine Stelle aus dem einleitenden Kapitel: Das deutsche Wirtschaftschicksal:

„Es steht den Deutschen, die sich einmal das Volk der Dichter und Denker nannten, übel an, mit welch geringem Maß von Besinnlichkeit sie jetzt ihr Schicksal tragen. Denn daß in der Handlungsweise der Entente und ihres Völkerbundes noch weniger prüfender und vollends vorausschauender Geist waltet, darf uns für die eigene Geistesarmut keine Entschuldigung sein.“

Oder:

„Vollends die Sage der Germanen hat das Schicksalsproblem nie anders (als die Hellenen!) betrachtet. Charakterstärke,

Pflichttreue, Furchtlosigkeit, das waren die Eigenschaften, die sie dem Schicksal entgegenstellten. Mochte es tückisch, gewaltsam, roh das Leben zerschlagen — auf die Knie sollte es den Starken nicht zwingen. Wie der grimme Hagen mit seinen Burgunden am Hofe König Etzels tagelang den aussichtslosen Todeskampf ficht, so haben die besten Deutschen aller Zeiten dem Schicksal furchtlos ins Antlitz geschaut und seine Schrecken verlacht.“

In diesem Tone ist das gesamte Buch geschrieben! Das ist eine wahrhaft wilhelminische Leistung. Abraham a Santa Clara, dieser schneidige Wortführer der jesuitischen Reaktion, wird sich über seinen Nachfolger Schultze aus Leipzig — das entschuldigt vieles — freuen. Unser Geist steht staunend still vor solchen „Untersuchungen“ über das deutsche Wirtschaftschicksal. Wir legen das Buch, zugleich amüsiert und verärgert, zu jenen, die nur dann wieder zur Hand genommen werden, wenn man die wunderlichen Leute der Nachkriegszeit am praktischen Beispiel illustrieren will.

K. Heinig.

Die Reisebeschreibungen des Pierre Loti.

Vor etwa dreißig Jahren und später hat der durch seine Romane auch in Deutschland viel bekannte Pierre Loti Reisen durch Galiläa und das übrige Palästina, durch Aegypten und die umliegenden Wüsten gemacht. Die Berichte über diese Fahrten sind nunmehr in deutscher Uebersetzung (bei Karl Reißner, Dresden) erschienen. Oppeln v. Bronikowsky hat sie herausgegeben und jedem Bändchen eine Anzahl charakteristischer Lichtbildaufnahmen eingefügt.

Pierre Loti ist ein Ungläubiger, aber leidenschaftlich und begeisterungsfähig; seine Nerven sind überaus verfeinert und hochgezüchtet,

sein Herz aber verliebt sich ohne Pose in die Primitivität derer, die als Halbwilde übrigblieben, dort, wo einst Zentren der Weltkultur standen. Als Schriftsteller ist Loti französischer als Heine und deutscher als Kerr. Er hat von jenem mancherlei gelernt und diesem nicht wenig gegeben. Trotz aller Bildung, die er mitbringt, bleibt er beim Durchwandern der Fremde doch naiv genug, um das Abenteuerliche des Reisens in jedem Augenblick zu empfinden. Er geht nachts beim Schein von zwei Traglaternen durch das Haus der Mumien in Kairo; sein Bericht liest sich wie ein gepflegtes Kapitel aus einem spirituellen Schauerroman: „Dann folgt die unheimlichere Reihe der ausgewickelten Mumien. Hier liegt in jedem Sarge, über den wir uns beugen, ein Kopf, der uns anblickt, oder auch die Augen schließt, um uns nicht zu sehen; magere Schultern, dürre Arme, und Hände mit zu langen Nägeln, die aus traurigen Lumpen hervorstarren. Jede neue Königsmumie, die unsere Laterne beleuchtet, bereitet uns eine Ueberraschung und einen verschiedenen Schauer: sie gleichen einander so wenig! Die einen fletschen grinsend gelbe Zähne; andere haben einen Ausdruck von Trübsal und unendlichem Leid. Bald sind die Gesichter schmal und sehr fein; sie sind hübsch geblieben trotz der spitzen Nasen. Bald sind sie faulig aufgedunsen und riesengroß.“ Vor der Mumie Ramses II.: „Unstreitig ist er seit den fünfzehn Jahren, die ich ihn kenne, sehr zusammengefallen und geschwärzt. Er ist ein Phantom, das verschwindet. Trotz aller Sorgfalt, die man auf ihn verwendet, ein armes Gespenst, das im Begriff ist, in das Nichts zurückzukehren... In diesem Hirnkasten entschieden sich also unwiderruflich die Weltgeschicke, so eng er jetzt erscheint unter der gedörrten Haut und den furchtbaren weißen Haaren.“ Das Buch „Galiläa“ ist mit Pastellfarbe geschrieben: „In der Nähe von Nazareth und dem See Genezareth erschien mir

zwei- bis dreimal, fast ungreifbar, auf dem unendlichen Teppich von rosafarbenem Flachs und blassen gelben Sternblumen das unaussprechliche, irrende Schattenbild Christi; — doch es entschwand unter meinen zu schwerfälligen Worten.“ Pierre Loti ist ein Ungläubiger; aber gerade darum weiß er auch die Götter zu finden und zu fühlen. In dem Buche „Jerusalem“ steigert sich die Lyrik zum Dramatischen. Die Schilderung der Grabkapelle explodiert von Phantastik, rauscht und kocht von dem Wahn der Priester und Pilger, der Konfessionen aller Welt, deren jede allein Wahrheit besitzt und des Grabes Christi würdig ist. „Die Altäre der verschiedenen Bekenntnisse stehen so wirt durcheinander, daß dadurch ein fortwährendes Hin- und Herlaufen von Priestern und Prozessionen entsteht. Sie zerteilen die Menge, die Monstranz tragen; ihnen voraus schreiten bewaffnete Janitscharen, die mit der Hellebarde auf die hallenden Steinfliesen stoßen: ... es ist der Bischof der Syrier mit langem, weißem Bart und schwarzer Kutte, der aus einer kleinen, unterirdischen Kapelle heraussteigt... Dann kommen Griechen mit noch byzantinischem Schmuck, und Abessinier mit schwarzen Gesichtern... Rasch eilen sie in ihren prächtigen Gewändern dahin, vor ihnen her schwenken Kinder die silbernen Rauchgefäße in die Menge hinein, die sich zusammendrängt und entfernt. In dieser Menschenflut herrscht ein fortwährendes Gewimmel beim unaufhörlichen Klang der Gebete und Meßglöckchen. Fast überall ist es so dunkel, daß man, um weiterzukommen, eine Kerze tragen muß. So folgen oder kreuzen einander unter den hohen Säulenhallen und in den dunklen Gängen zahllose kleine Flämmchen. Männer beten laut, weinen und schluchzen, laufen von einer Kapelle zur andern.“

Diese Bücher des Pierre Loti gehören zu den Klassikern der Reisebeschreibung, denn sie lassen sich das Gesetz durch die gesehenen

Objekte diktieren; aber sie sehen durch ein Temperament, das am Ausgang der vorvergangenen geschichtlichen Vergangenheit steht.

R. Br.

Ein Lebensbild von Karl Marx, der Jugend erzählt von Dr. Willy Cohn, Breslau 1923. Verlag: Volkswacht-Buchhandlung, Breslau.

Mit seinem Lebensbild von Karl Marx wendet sich Genosse Willy Cohn an die Jugend, und er findet in seiner Biographie kraftvolle Töne, die zu einem förmlichen Helden-gesang auf den großen Denker und Kämpfer zusammenklingen. Es ist ferner seine Absicht, in Marx den reinen Typus des Helden darzustellen, eine Absicht, die ihm auch im hohen Maße gelungen ist. In einem zermürbenden Kampfe

gegen langwierige qualvolle Krankheiten sind andere zermalmende Schicksalsschläge, in einem seelenmörderischen Ringen mit nie endenden grauen Alltagsorgen, sehen wir Marx in stillen Arbeitsnächten seine epochemachende Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollbringen. Alle wesentlichen Akte der heroischen Tragödie von Marx hat Cohn eindrucksvoll und lebendig aufgezeichnet. Die Marxschen theoretischen Ideengänge streift er nur kurz. In diesem Punkte bedarf seine Arbeit noch der Vervollständigung. Aus der Schrift: „Lohnarbeit und Kapital“ und aus dem „Kommunistischen Manifest“ lassen sich die Grundgedanken der Marxschen Geschichtsauffassung und Gesellschaftskritik auch für die Jugend verständlich herausarbeiten.

P. Kampffmeyer.

An unsere Leser!

In der vorigen Nummer sprachen wir die Bitte aus, uns Adressen solcher Persönlichkeiten, die als Abonnenten der „Glocke“ gewonnen werden könnten, auf der beigelegten Karte mitzuteilen. Es ist uns eine Freude, aus dem großen Umfang, in dem unserer Bitte entsprochen worden ist, zu ersehen, daß zwischen uns und unsern Lesern ein Verhältnis besteht, das über den rein geschäftlichen Verkehr hinausgreift. Die uns so bekundete Anteilnahme an der erhöhten Verbreitung der „Glocke“ werden wir, im Interesse der Leser, durch vermehrten Ausbau des Blattes zu vergelten bestrebt sein. Das soll nicht nur in der bereits seit voriger Nummer erfolgten und in künftiger Verstärkung des äußeren Umfangs in Erscheinung treten, sondern vor allem in ständiger Verbesserung des Inhalts. Was wir im letzten Halbjahr, unterstützt von einem hervorragenden Mitarbeiterkreis, leisten konnten, zeigt das dieser Nummer beigefügte Inhaltsverzeichnis.

Werbt der „Glocke“ unablässig neue Freunde!

Redaktion und Verlag

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhofs 1448/1451
Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.